SDS

ZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND · 6 FRANKFURT/M. · WILHELM HAUFF-STR. 5

Bundesvorstand Tel.o611/77 6o 68
SDS Frankfurt,Projektgruppe Internationales

Postscheck Ffm.31607
Dresdner Bank 28247

SDS INFO 5

INTERNATIONALISMUS

28.1.69

I. Bei einer Vorbereitung für das Internationalismusseminar wurde abstrakt beschlossen, die Frage des "Konkreten Internationalismus" zum zentralen Thema zu machen. Besonders die Berliner drängten auf eine Grundsatzdiskussion über unsere internationalistischen Aktionen, damit wir die Fähigkeit der Formulierung einer Strategie erwürben. Seit "Vietnam", d.h. seit der Eröffnung einer Perspektive für revolutionäre Arbeit in den Metropolen von den Universitäten aus, hat es eine solche Grundsatzdiskussion kaum noch im SDS gegeben. Exemplarisch, so wurde weiter bei jener- freilich nur von wenigen Gruppen besuchten - Vorbereitung beschlossen, sollte die Problematik an den Beispielen "Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Überseeprovinzen", "Griechenland", "Italien" und "Kuba-Kampagne" entwickelt werden. Zu den ersten beiden Themen haben uns Gruppen Material geschickt.

II. Daß die inzwischen durch die konterrevolutionären Maßnahmen des Franco-Regimes geschaffene Lage in Spanien ein Hauptthema des Seminars sein muß, versteht sich, glauben wir, von selbst. Es war uns jedoch nicht möglich, rechtzeitig geeignetes Material für den vorliegenden INFO zu produzieren. Deshalb bitten wir Euch, wenn Ihr was habt, daß Ihr es - möglichst schon vervielfältigt - mit nach Hamburg bringt, oder gar, wenn Ihr das schafft, es gleich von Euch aus an die anderen Gruppen verschickt.

Die bisherige Diskussion (und Aktion) in Bezug auf Spanien hat ergeben, daß wir neben zweifellos notwendigen und agitatorisch auch gut vorzubereitenden "legalen" Demonstrationen zusammen mit spanischen und anderen ausländischen Arbeitern uns so selbsttätig organisieren sollten, daß wir in der Lage sind, das Vorbild der Madrider Straßenkommandos nachzuahmen, hier mit dem besonderen Ziel, als Antwort auf Francos Verschwörertheorie die internationale Verschwörung des Kapitals bloßzustellen.

III. Die Vorbereitung des Seminars in Hamburg wurde vom BV zusammen mit der Projektgruppe Internationales im SDS Frankfurt (Bärmann,Blüm) geleistet. Für die Vorbereitung weiterer Seminare muß das beispielgebend sein.

Venceremos! spricht der BV.

So schwankten die "Assimilierten" zwischen der Sicherung ihrer eigenen kleinbürgerlichen Interessen, d. h. völliger Anpassung an das Kolonialsystem, und, soweit sie sich schon als Vertreter der einheimischen Bevölkerung verstanden, ersten Versuchen, mit der Kolonialverwaltung Verhandlungen über Reformen innerhalb des Kolonialsystems zu führen. Insofern solche Reformen auch eine Konsolidierung ihrer privilegierten Stellung bewirkt hätten, waren die LNA und die ANANGOLA noch ausschließlich kleinbürgerliche Parteien und blieben ohne Massenbasis. Der Widerspruch vertiefte sich jedoch entscheidend, als nach 1940 in diesen Organisationen sich die Tendenz verstärkte, den Kontakt zur Masse der Bevölkerung zu suchen, und man sich in der Verfolgung dieser Politik gezwungen sah, zu illegalen Aktionen überzugehen. Aus dieser Entwicklung ging als erste revolutionäre Partei Angolas die PLUA (Partido da Luta Unida dos Africanos de Angola) hervor. Aus dem Zusammenschluß der PLUA mit anderen kleinen Gruppen entstand 1956 in Luanda die MPLA (Movimento Popular de Libertacao de Angola), die als revolutionäre Massenorganisation gegründet wurde.

Dem sich organisierenden politischen Widerstand begegnete Portugal mit verschärften polizeilichen Verfolgungen. 1959 verhaftete die portugiesische Geheimpolizei (PIDE) in einer Razzia in ganz Angola Hunderte von Verdächtigten. Im anschließenden "Prozeß der 50" wurde die wachsende Unruhe in Angola erstmals nach außen hin sichtbar.

Die Aktionen der PIDE hatten die Zersplitterung des Widerstandes zum Erfolg. Die Aktivität der MPLA im Inneren des Landes wurde zwar fortgesetzt, einige Führer der Organisation mußten jedoch vor der polizeilichen Verfolgung ins Ausland flüchten und verlegten den Sitz der MPLA nach Conakry, der Hauptstadt Guineas. Von dort entfaltete die MPLA eine rege Aktivität, um Portugal zu Verhandlungen über die Zukunft Angolas zu bewegen: am 13. Juni 1960 brachte sie in einem Brief an die portugiesische Regierung ihre Bereitschaft zum Ausdruck, eine friedliche Lösung in Angola zu suchen. Am 13. September rief sie die Mitgliedstaaten der UNO auf, Druck auf Portugal auszuüben, um Verhandlungen in die Wege zu leiten. Diese Demarchen der MPLA blieben ohne Erfolg, führten im Gegenteil zur weiteren Verschärfung der Repression in Angola.

Ohne Zweifel hat die Verlegung des Sitzes der MPLA ins Ausland diese Organisation und damit den revolutionären Befreiungskampf erheblich geschwächt. Von ihrer Basis getrennt, verlegten die Führer der MPLA ihre Aktivität auf die diplomatische Ebene, während die Hebung des politischen Bewußtseins der Massen und die Vorbereitung der bewaffneten Aktion vernachlässigt wurden. Die Gefahr des Rückfalls in eine kleinbürgerlich-opportunistische Politik, wie sie sich in dem Brief an die portugiesische Regierung andeutete, wurde durch diese Lage vergrößert. Von unmittelbarer Bedeutung war jedoch, daß es sowohl den Bauern und zwangsrekrutierten Landarbeitern als auch den Arbeitern in den Städten an einer gut vorbereiteten, entschiedenen Führung fehlte.

Das zeigte sich, als der bewaffnete Aufstand 1961 ausbrach. Am 4. Februar stürmten MPLA-Anhänger das Gefängnis von Luanda, um die dort inhaftierten politischen Häftlinge zu befreien.

Am 15. März lösten die Zwangsarbeiter der Plantage "Primavera" den Aufstand in den Bakongo-Gebieten in Nordangola aus. Von diesen Orten dehnte sich der bewaffnete Kampf in kürzester Zeit auf ganz Nordangola und Teile des übrigen Landes aus. Die Hauptzentren des Aufstandes waren das Dembos- und Nambuangongo-Gebiet nordöstlich von Luanda und der an den Kongo angrenzende Teil Nordangolas. Dieses letzte Gebiet war das Aktionszentrum einer anderen nationalistischen Organisation, der UPA (Uniao das Populacoes de Angola).

Diese Organisation hatte ihren Ursprung bei den Bakongo, einem Volk, das beiderseits der Grenze zwischen dem Kongo und Angola lebt und daher die Mehrheit der angolanischen Bevölkerung stellt, die sich in den Kongo abgesetzt hat. Aus diesen im Kongo lebenden Angolanern ging 1954 in der kongolesischen Hauptstadt Léopoldville die UPNA (Uniao das Populacoes do Norte de Angola) hervor, die 1958 in UPA umbenannt wurde, um gegenüber dem Vorwurf der einseitig tribalistischen Orientierung ihren nationalistischen Anspruch zu unterstreichen. Ihr Führer ist Holden Roberto.

Der bewaffnete Aufstand traf in seinem Ausmaß die portugiesischen Kolonialisten unvorbereitet. So konnten die Aufständischen, obwohl sie mit primitivsten Mitteln kämpften, in kurzer Zeit Nordangola fast ganz erobern. Der Gegenstoß der Portugiesen legte jedoch die Führungslosigkeit der Angolaner und ihre fehlende militärisch-politische Schulung bloß. Von der Kolonialverwaltung bewaffnet, rächten sich die portugiesischen Pflanzer für die eigenen Verluste, indem sie ein Blutbad unter der afrikanischen Bevölkerung anrichteten. Sobald aus Portugal militärischer Nachschub eintraf, übernahm die Kolonialarmee die Vergeltungsaktionen. In den ersten drei Monaten nach Beginn des Aufstandes wurden laut UNO-Berichten 30.000 Angolaner ermordet. Neben der Rückeroberung Nordangolas wurde - wie schon bei den Aktionen der PIDE 1959 - in allen Teilen Angolas systematisch auf "Assimilierte" Jagd gemacht. In ihnen erblickte die Kolonialverwaltung - mit Recht - die Bevölkerungsschicht, von der ihr die größte Gefahr drohte, da sie die Fähigkeit besaß, den weitgehend unkoordinierten offenen Aufstand in einen revolutionären Volkskrieg zu verwandeln.

DIE RIVALITÄT ZWISCHEN DEN NATIONALISTISCHEN ORGANISATIONEN

Nicht nur die Führungslosigkeit, sondern auch die Rivalität der nationalistischen Organisationen untereinander, die sich bald bemerkbar machte, kam den Portugiesen bei der brutalen Niederschlagung des Aufstandes zu Hilfe. Nachschublieferungen an MPLA-Kämpfer, die durch das von der UPA kontrollierte Grenzgebiet zwischen Angola und dem Kongo transportiert werden mußten, wurden beschlagnahmt, die Kämpfer selbst festgenommen und zum Teil umgebracht. UPA-Kämpfer erhielten Befehle, "Assimilierte", Mischlinge sowie Zwangsarbeiter, die zum großen Teil aus Südangola stammten, zu verfolgen. Diese Obstruktion jeder Aktion außer der eigenen durch die UPA machte deutlich, daß Holden Roberto die Kampfhandlungen allein bestimmen wollte.

Als dringlichstes Problem für die Fortführung des Befreiungskampfes stellte sich nach der gewaltsamen Unterdrückung der überwiegend spontanen Aufstandsbewegung im Jahre 1961 die Schaffung einer Einheitsfront der nationalen Befreiungsorganisationen. Der erzwungene Übergang zum Guerilla-Kampf, ohne daß die versprengten Gruppen von Aufständischen in dessen Methode geschult waren, machte zumindest die Koordinierung der militärischen Aktionen notwendig.

Obwohl nach der Übersiedlung der MPLA aus Conakry im Oktober 1961 die Büros sämtlicher Befreiungsorganisationen in Léopoldville versammelt waren, scheiterten alle Initiativen, auch die afrikanischer Politiker (u.a. Nkrumahs), zur Einigung von UPA und MPLA - wie schon 1960, als eine bereits gebildete Einheitsfront von Holden Roberto nach dessen Rückkehr aus den USA wieder aufgekündigt wurde - an dem unbedingten Führungsanspruch der UPA.

Statt dessen setzte sich die Rivalität zwischen UPA und MPLA in Nordangola, im Kongo sowie auf diplomatischer Ebene fort. Im Kongo konnte die UPA auf die Unterstützung durch die pro-amerikanische Regierung Adoula und deren Polizeiapparat rechnen. Sie nutzte diesen Vorteil in tribalistischer Borniertheit gegenüber der MPLA aus, konnte auch, da ihre Verbindungen zu den Aufständischen in den nördlichen Grenzgebieten nicht abgerissen waren, behaupten, daß sie die einzige kämpfende Organisation sei, trug aber in Wirklichkeit zur Verhinderung des ganz Angolas erfassenden nationalen Befreiungskampfes bei. Zwar findet sich auch im Programm der UPA das Bekenntnis zu nationalen Einheit, doch die Entwicklung der UPA zeigt geradezu exemplarisch, wie die Praxis einer Partei, die unfähig ist, die tribalistische Zersplitterung als konstituierendes Herrschaftsprinzip des Kolonialismus zu durchschauen und also deren Überwindung als Aufgabe des nationalen Befreiungskampfes zu erkennen, objektiv konterrevolutionär wird.

Daß diese konterrevolutionäre Praxis nicht nur zur Erhaltung des portugiesischen Kolonialsystems beiträgt, sondern auch zum Werkzeug der Manipulation durch andere imperialistische Mächte werden kann, zeigt die Analyse der internationalen Konstellation, in der die koloniale Revolution in Angola steht.

ANGOLA, PORTUGAL UND DER IMPERIALISMUS

Portugal, das selbst ein unterentwickeltes Land ist, kann auf die Dauer die Belastungen der militärischen Unterdrückung des Volksaufstandes in Angola nicht allein tragen und ist daher auf die Unterstützung seiner NATO-Verbündeten oder anderer Mächte, wie z. B. Südafrikas oder Rhodesiens, angewiesen. Dies um so mehr, als Portugal in Afrika inzwischen einer dreifachen Belastung ausgesetzt ist, da 1963 in "Portugiesisch"-Guinea und 1964 in Mozambique der nationale Befreiungskampf ausgelöst wurde. Im Hinblick auf die Entwicklung der Kolonien Frankreichs, Englands und Belgiens in Afrika ist es nur zu wahrscheinlich, daß auch Portugal seinen Kolonien früher oder später die Unabhängigkeit gewähren muß. Eine solche Entwicklung würde Angola angesichts seines Reichtums an Bodenschätzen und der ökonomischen Schwäche Portugals zu einem lukrativen Objekt stärkerer imperialistischer Mächte, wie der USA und der Bundesrepublik, machen.

Beide sehen hier die Möglichkeit, sich den direkten Zugang zu den Reichtümern des südlichen Teils von Afrikas generell und damit zugleich einen strategischen Stützpunkt für dessen militärische Absicherung zu verschaffen. Portugals Vorstellungen allerdings gehen dahin, seine koloniale Herrschaft mit Gewalt aufrechtzuerhalten und sich die militärische Unterstützung seiner Verbündeten durch die kontrollierte Vergabe von Ausbeutungsrechten in seinen Kolonien zu erkaufen. Da die Militärbasen, die Portugal vor allem auf den Azoren anzubieten hat, für die NATO von großer strategischer Bedeutung sind, hat es ein weiteres Druckmittel in der Hand, seinen Machtanspruch in Afrika zu wahren. Die Vereinigten Staaten sehen sich dadurch veranlaßt, ein doppeltes Spiel zu treiben: durch Investitionen ihre ökonomische Macht in Angola ständig auszuweiten, und zugleich für eine eventuelle Unabhängigkeit des Landes die Machtübernahme eines ihnen genehmen Regimes vorzubereiten.

Auf der Suche nach im Sinne ihrer Strategie manipulierbaren Werkzeugen stoßen die USA notwendigerweise auf den Teil der kleinbürgerlichen Schicht der "Assimilierten" als ihre natürlichen Verbündeten, der nicht zum Bewußtsein der widersprüchlichen Lage seiner Klasse durchgedrungen ist. Solange die UPA ihre konterrevolutionäre tribalistische Politik nicht aufgibt, erfüllt sie die Voraussetzungen des von der USA gesuchten Werkzeugs.

Die pro-amerikanische Regierung Adoulas im Kongo förderte die Strategie der USA in bezug auf UPA und Angola und trug damit dazu bei, die Position der UPA auf der diplomatischen Ebene zu stärken.

Am 27. März 1962 gründete Holden Roberto eine Einheitsfront, die FNLA (Frente Nacional da Libertacao de Angola), aus UPA und PDA, einer tribalistischen Organisation des Zombo-Stammes. Wenige Tage danach, am 5. April 1962, verkündete er die Bildung einer Exilregierung mit Sitz in Léopoldville (GRAE: Gouvernement Révolutionnaire de l'Angola en Exil), die allein von der FNLA getragen wurde. Bei beiden Gründungen war die MPLA übergangen worden.

Als das von der OAU (Organisation of African Unity) zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den kolonial noch unterdrückten Gebieten Afrikas gebildete "Neunerkomitee" ankündigte, daß es im Juli 1963 eine Kommission zur Versöhnung von FNLA und MPLA nach Léopoldville entsenden werde, schuf die Kongo-Regierung Adoula am 29. Juni 1963 - eine Woche nach dem Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Mennen Williams - ein fait accompli, indem sie die Exilregierung (GRAE) Holden Robertos de jure anerkannte.

DIE KRISE IN DER NATIONALEN BEFREIUNGSBEWEGUNG

Durch UPA und Kongo-Regierung in ihrer Aktionsfreiheit entscheidend eingeschränkt machte die MPLA seit 1962 eine schwere Krise durch. Wie schon zur Zeit ihres Exils in Conakry von ihren Basen im Inneren Angolas abgeschnitten schwankte die MPLA-Führung zwischen dem Rückfall in eine kleinbürgerlich-opportunistische Politik (fragwürdige Koalitionen, Bluff-Politik zum Nachweis der Förderungswürdigkeit) und verbalem Radikalismus.

Agostinho Neto, der nach seiner Flucht aus Portugal im Juli 1962 wieder Präsident der MPLA geworden war, antwortete am 1. Juli 63 auf die Gründung der FNLA mit der Bildung einer Gegenfront, der FDLA (Frente Democratica da Libertacao de Angola) aus MPLA, dem Gewerkschaftsbund UNTA und vier kleinen, bis dahin nur als reaktionär und kollaboristisch bekannten Parteien.

Dieser opportunistische Schritt spitzte die latenten Konflikte innerhalb der MPLA zu. In dieser Phase der schärfsten Zerwürfnisse, in der sich auch die behauptete militärische Stärke der MPLA als "Bluff" zum Zwecke der beschleunigten internationalen Anerkennung entlarvte, kam Anfang Juli 1963 die OAU-Schlichtungskommission nach Léopoldville. Nach ungeschickten Manövern Agostinho Netos, der nicht für die MPLA, sondern nur für die neugebildete FDLA sprechen wollte, entschied die Kommission - durch ein Gutachten der Adoula-Regierung beeinflußt -, daß allein die FNLA Holden Robertos anzuerkennen und zu unterstützen sei, und empfahl, die GRAE als angolanische Exilregierung de jure anzuerkennen.

Zwar intensivierte die FNLA gegen Ende 1963 die Kämpfe in den Bakongo-Gebieten auf Grund der OAU-Unterstützung noch einmal, doch das Fehlen jeglicher revolutionärer Strategie und Zielsetzung, die begrenzte Basis ihrer tribalistisch orientierten Aktionen und der Verzicht auf politische Schulung der militärischen Kader ließen sie seither mehr und mehr zu einer manipulierbaren Exilorganisation in Wartestellung auf den Tag der Unabhängigkeit werden.

Für die MPLA vergrößerten sich nach dem Beschluß der OAU-Kommission vom Juli 1963 die Schwierigkeiten im Kongo-Léopoldville noch erheblich: die kongolesische Polizei machte systematisch Jagd auf MPLA-Guerillas und selbst die Flüchtlings- und Verwundeten-Hilfsorganisation CVAAR der MPLA wurde unter Berufung auf den formalen Umstand geschlossen, daß sie nicht im Rahmen der Parteien arbeite, die Anerkennung als Exilorganisationen gefunden hatten, so daß die MPLA sich gezwungen sah, nach Kongo-Brazzaville überzusiedeln.

Zwei äußere Faktoren beeinflußten nach diesem Zeitpunkt die Entwicklung der MPLA. Als am 15. August 1963 Fulbert Youlou in Kongo-Brazzaville gestürzt wurde, gestattete die neue Regierung der MPLA, ihre logistischen Basen (militärische Ausbildungscamps, Schulen, Hilfsorganisationen usw.) auszubauen und unterstützte sie dabei. Ein Jahr später besuchte eine Dreierkommission der OAU (Algerien, Ghana, VAR) die Stützpunkte der MPLA in der Nähe von Brazzaville und überzeugte sich an Ort und Stelle vom Stand der Organisation und der militärischen Aktionen. Auf ihre Empfehlung beschloß das OAU-"Neunerkomitee" in Dar-es-Salaam am 26. November 1964, der MPLA (entgegen dem Beschluß vom Juli 1963) neben der FNLA technische Beratung und materielle Hilfe zu gewähren.

Die Wiederherstellung der Verbindung von Führung und Basis, die durch diese äußeren Faktoren begünstigt wurde, ermöglichte auf der Grundlage einer Neubestimmung des Zusammenhangs von militärischen und politischen Aktionen die Überwindung der inneren Krise der MPLA. Diese Neubestimmung setzte die Überwindung der kleinbürgerlich-opportunistischen Politik der Führung voraus und die Einsicht, daß die nationale Befreiung Angolas nur durch die im revolutionären Volkskrieg verwirklichte Einheit von militärischem und politischem Kampf möglich ist.

Seit 1964 hat der Guerilla-Kampf, den die MPLA in der in den Kongo-Brazzaville angrenzenden angolanischen Enklave Cabinda führt, die größten Fortschritte gemacht. 1966 meldete die MPLA das verstärkte Wiederaufleben der Kämpfe in Angola selbst in den Dembos- und Nambuangongo-Gebieten sowie die Eröffnung einer Ostfront in dem an Zambia angrenzenden Distrikt Moxico.

(ausdem Programmheft der Schaubühne zu Weiss' lusitanischem Popanz)

$ $ $ $ $ $ $ $

Auf den nächsten vier Seiten veröffentlichen wir zusätzlich einiges Material über Angola, das zu Produktion von Flugblättern benutzt werden kann (etwa: Vorderseite Text, Rückseite Karte - und wie man am teilweise schlechten Druck sieht muß für elektronische Matrizen ein neues Farbband für die Vorlage benutzt werden, und es muß mit Tusche statt mit Bleistift gemalt werden). In einigen Gruppen wird am 4.2. eine Sammelaktion für die MPLA
Das Geld wird, abgesehen von einem geringen Teil, der möglicherweise für den Transport von Medikamenten benötigt wird, der MPLA selbstverständlich ohne irgendwelchen Auflagen zur Verfügung gestellt. Auf dem Seminar in Hamburg werden wir den Gruppen, die sammeln wollen, eine Kontonummer geben, die für Überweisungen mit dem Vermerk 'Angola' benutzt werden kann.

Die Seiten 13 bis 15 sind eine Liste von Medikamenten, die dringend von der MPLA benötigt werden. Gruppen, die Medikamente sammeln, müssen unbedingt die Verfallstermine der Medikamente beachten, und sie sollen sich an die Liste halten, weil es keinen Sinn hat, Hustenbonbons und Lippenstifte zu verschicken - was bei einer Vietnam-Sammelaktion passierte.

Warum einige Gruppen, z.B. Tübingen, Heidelberg und Frankfurt angefangen haben, sich mit Angola zu beschäftigen, geht aus dem abgedruckten Material wohl eindeutig genug hervor. In Hamburg geht es darum, die Funktion solcher Kampagnen für die Bewegung in der BRD zu diskutieren, sinnvollerweise wohl am Beispiel der Vietnamkampgane, die verschiedene Stadien der Konkretisierung durchlaufen hat.

+ + + + + + +

NICHT VERGESSEN: ADRESSEN FÜR DEN INFO SCHICKEN!

UND VIEL GELD

(Flugblattmaterial)

(Frankfurt)

HEUTE VOR ACHT JAHREN, AM VIERTEN FEBRUAR 1961, BEGANN DAS ANGOLESISCHE VOLK, MIT WAFFEN FÜR SEINE UNABHÄNGIGKEIT ZU KÄMPFEN, WEIL SICH DER WEG DER VERHANDLUNGEN ALS UNGANGBAR ERWIESEN HATTE. UNTERSTÜTZT DAS ANGOLESISCHE VOLK IN SEINEM LANGWIERIGEN KAMPF FÜR DIE BEFREIUNG VOM IMPERIALISMUS!

Angola, portugiesische "Überseeprovinz", mehr als fünfmal so groß wie die Bundesrepublik, mit 5 Millionen Einwohnern recht dünn besiedelt (350 000 davon sind europäische Siedler), gilt als eines der reichsten Länder Afrikas. Praktisch alles für eine autarke Wirtschaft steht ihm zur Verfügung. Die Landwirtschaft exportiert zur Ernährung des Mutterlandes. Wichtigstes Exportgut für den Weltmarkt ist Kaffee (Angola ist der viertgrößte Kaffeeproduzent). Der kühle Benguela-Strom macht die angolesische Küste zu einer der fischreichsten in Afrika. Von den vielfältigen Bodenschätzen ist bisher nur ein geringer Teil wirtschaftlich erschlossen. Vor allem werden heute Diamanten, Erdöl und Eisenerz exportiert. Angola ist der viertgrößte Diamantenproduzent der Welt, der zweitgrößte Erdölproduzent in Afrika südlich der Sahara (nach Nigeria), seine Eisenerzvorkommen zählen zu den wichtigsten überhaupt (63 % Eisengehalt, Förderung im Tagebau). Kaum erschlossen, aber bereits in Interesse der Monopole gerückt sind Gold, Uran, Thalium (wichtig für Raketenbau) und Bauxit (demnächst soll eine große Aluminiumfabrik entstehen). Nach dem großen Aufstand von 1961 begannen die Portugiesen mit Hilfe internationalen Kapitals aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen forciert in die Infrastruktur des Landes zu investieren: ein für Afrika erstaunliches Straßennetz wurde gebaut; Staudämme wurden errichtet - der Staudamm von Cambamba ist auf eine Jahresproduktion von 1,25 Milliarden kW geplant.

Es gibt Leute, die finden es "erstaunlich, in gewissem Sinn sogar bewundernswürdig, wie eine kleine, selbst unentwickelte westeuropäische Nation, die im 15. Jahrhundert als erste zum Abenteuer der Welteroberung aufbrach, im späten 20. Jahrhundert immer noch, nun als letzte, ihr überseeisches Imperium verteidigt" (Ansprenger).

Bis zum Aufstand von 1961 war die Notwendigkeit einer "Verteidigung" freilich gering. International wurde der Kolonialbesitz dadurch abgesichert, daß man die "Überseeterritorien" durch eine Verfassungsänderung 1951 kurzerhand in den Status von "Provinzen" erhob, deren "politisch-administrative Organisation" auf ihre "Integration in das allgemeine Regierungssystem der anderen nationalen Territorien" zielen sollte. (Art. 134 Port.Verf.). Gleichzeitig garantierte das Weiterbestehen des "Eingeborenenstatuts" von 1930, d.h. die absolute Rechtlosigkeit sämtlicher Afrikaner abgesehen von wenigen "Assimilados" (1960 machten sie 1 % der Bevölkerung Angolas aus), nach wie vor die rüdesten Formen kolonialistischer Ausbeutung nach dem Sklavenhandel, vor allem das System der Zwangsarbeit auf den Plantagen, in den Bergwerken und auf den öffentlichen Bauplätzen.

Unter diesen Bedingungen wurde 1956 die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) gegründet. In ihrem Manifest fordert sie vollständige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für Angola. Auf ihre Agitation und Schulungsarbeit im Untergrund, auf ihre Appelle an die portugiesische Regierung, Verhandlungen zu beginnen, ntwortet diese mit blinder Repression: Verstärkung von Polizei und Kolonialarmee, Ausbau der Geheimpolizei (PIDE), im März 1959 hunderte von Verhaftungen, der berühmt gewordene "Prozeß der 50" (darunter zahlreiche Mitglieder der MPLA), die Erschießung von 28 Gefangenen aus der Exklave Cabinda in Luanda im November 1960...

Die hysterische Reaktion auf jede politische Arbeit unter den Massen zeigt die Unfähigkeit Portugals, den Weg der anderen europäischen Mächte, den der indirekten Kontrolle, zu gehen. Aufgrund seiner eigenen Kapitalschwäche ist Portugal selbst ökonomisch abhängig von seinen Kolonien, von denen es buchstäblich lebt, und unter denen Angola die reichste und wichtigste ist. Der defizitäre Haushalt Portugals muß aus den Kolonien gedeckt werden (1959 z.B. betrug das Defizit ca. 53 Millionen britische Pfund).

Die MPLA beschloß, denWeg des bewaffneten Kampfes zu gehen. Sie begann in den Städten. Am 4. 2. 1961 griffen Kämpfer der MPLA gleichzeitig mehrere Gefängnisse, eine Radiostation und eine Kaserne in Luanda, der Hauptstadt, an. Die Folge war eine Explosion. Die in Milizen organisierten weißen Siedler fielen im Verein mit den Kolonialtruppen über die Armenviertel der Stadt her und metzelten nieder, was nach menschlichem Leben aussah. Drei Tage dauerte der Kampf in Luanda. Allein am 5. 2. wurden 3000 Afrikaner getötet. Die Unruhe breitete sich schnell aus. Im März brach in Nordangola (Distrike Zaire und Uige) einer der wildesten und blutigsten Aufstände los, die Afrika erlebt hat. Es heißt, weit über 100.000 Menschen seien der Repression dieses Aufstandes zum Opfer gefallen (die Portugiesen geben 10. - 20.000 zu). Bedenken in der portugiesischen Militärführung gegen die Härte der Unterdrückung begegnete Salazar mit der Entlassung des Generalstabschefs, des Verteidigungsministers, des Überseeministers und zweier Regionalkommandanten und übernahm selbst das Verteidigungsministerium, um den Kampf gegen die Guerilleros nur zu verschärfen. Die dadurch ausgelöste Wechselwirkung von Terror und Gegenterror verschaffte der Befreiungsbewegung überhaupt erst die politische Basis, auf der sie heute, genau wie die Befreiungsarmeen in den anderen portugiesischen Kolonien, ihren revolutionären Kampf führen und in den befreiten Gebieten eine neue Gesellschaft aufbauen kann.

Die Not, in die das Salazar-Regime geraten war, da es weder militärisch noch ökonomisch seine Kolonien halten konnte, rief die solidarische Hilfe fast aller westlichen Industrieländer hervor: binnen eines Jahres flossen hunderte von Millionen DM allein in Form von Bankkrediten und Staatsanleihen nach Portugal. Dabei stellten die Deutschen die besten Bedingungen: die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau gab z.B. ein langfristiges Darlehen auf 20 Jahre von rund 150 Millionen DM zu einem Zinssatz von 3,25 % (USA und Frabkreich schlossen meist mit über 5 % ab). NATO-Waffen und -Flugzeuge, besonders aus der Bundesrepublik (Unimogs, Mercedes-Lastwagen, Fiat-Düsenjäger, Starfighter etc.) sind seitdem permanent im Einsatz. Es beginnt die Phase der Integration des portugiesischen Kolonialismus in das System des westlichen Imperialismus unter Führungd der Vereinigten Staaten.

Herrschte das im südlichen Afrika vom klassischen Imperialismus etablierte Kapital der De Beers Company, Tanganyica Concessions, Union Minière usw. bisher noch unbestritten, aber unter Anerkennung des von Portugal gesetzten Rahmens, so setzte seit dem Aufstand von 1961 ein run sämtlicher Monopole auf Angola ein, deren jedes seinen gerechten Anteil am Kuchen der durch gelockerte Investitionsbedingungen attraktiv gewordenen Rohstoffquellen haben will. Ein Beispiel dafür ist die Companhia Mineira do Lobito, die weitgehend von Krupp aufgekauft wird, für riesige Gebiete das Schürfrecht für Eisenerz erwirbt und rasch eine empfindliche Lücke der westdeutschen Rohstoffversorgung füllt. Bald gerät das westdeutsche Kapital in scharfe Konkurrenz mit amerikanischen und japanischen Stahlkonzernen. In die Erschliessung des Erdöls investierte die belgische FINA, die amerikanische Gulf Oil Company, die Compagnie Française de Petrole u.a. Die Anwesenheit der Armee (heute schätzungsweise 70 000 Mann) fördert sogar die Entwicklung einer kleinen Metallindustrie, vor allem aber den forcierten Ausbau eines das ganze Land überziehenden Netzes befestigter Straßen.

Charakteristisch für diese Phase des Neokolonialismus ist die Abschaffung von dysfunktionalen Elementen der portugiesischen Herrschaft (z.B. Aufhebung des Eingeborenenstatuts, Abschaffung des Systems der Zwangsarbeit zugunsten dessen der Lohnarbeit, keineswegs aber Aufhebung des faschistischen Staatsapparates, sondern nur die Funktionalisierung und Rationalisierung der Unterdrückung und Ausbeutung - vertragrechtlich gemietete Arbeiter, die vielleicht sogar lesen und schreiben, können mit mehr Profit eingesetzt werden als Analphabeten, die wie Vieh mit der Peitsche zur Arbeit angetrieben werden). Zweites Charakteristiukum für diesen Neokolonialismus ist die Eingliederung

Portugals in das System des internationalen Imperialismus, seine eigene Degradierung zum Z-Schwein des NATO-commandment und seine Unterwerfung unter die imperialistischen Monopole, deren Konkurrenzkampf untereinander künftig bestimmt, was aus dem Reichtum seiner Kolonien wird.

Folglich ist es auch ein Charakteristikum des kolonialen Befreiungskampfes, daß er nicht mehr nur symbolisch oder indirekt ein global anti-imperialistischer Kampf ist wie in Vietnam, sondern daß er ganz konkret gegen sämtliche Länder, die in dieses System unter Führung der USA integriert sind, geführt werden muß.

"Ich wage daher zu behaupten, daß wir Portugiesen, indem wir hartnäckig versuchen, einige strategische Stellungen und wichtige Gebiete im westlichen Lager zu halten ungeachtet des Unverständnisses einiger, der allgemeinen Sache keinen kleinen Dienst erwiesen haben, trotz allem werden wir darin fortfahren, weil wir hierbei einem Gebot der Nation gehorchen.

...
Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, Herr Bundeskanzler, sind wirklich ausgezeichnet, sei es auf dem Gebiet der Politik, der Kultur, oder auf dem militärischen Sektor mit rein defensivem Charakter, das Verständnis und der Wunsch, sich gegenseitig zu helfen, waren stets ausschlaggebend. Wir haben von deutscher Seite gute Zusammenarbeit erfahren. Ich erlaube mir, meine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß wir auch unsererseits der Bundesrepublik einen nützlichen Beitrag leisten" (Caetano, anläßlich des Banketts zu Ehren des Herrn Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland im Palâcio de Queluz am 24. Oktober 1968).

^ ^ ^ ^ ^

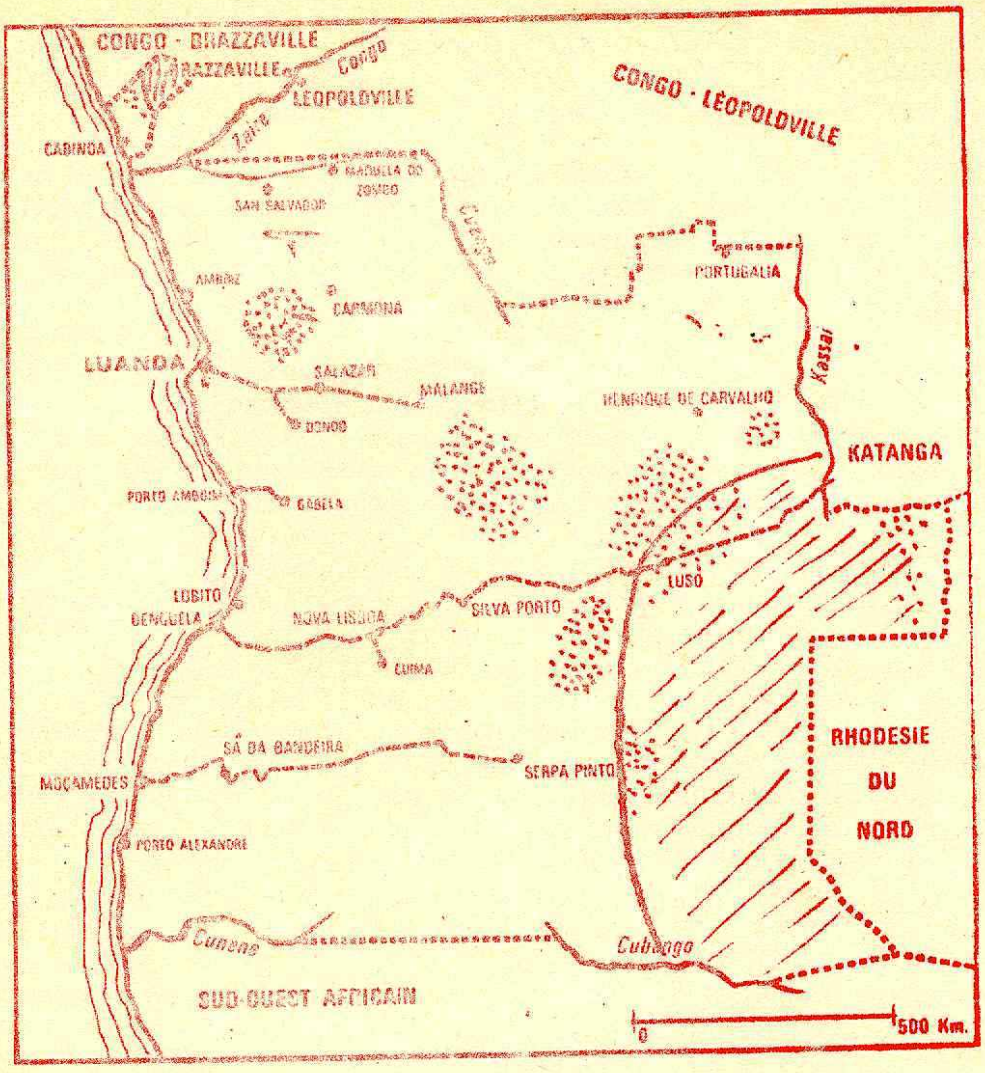
PUBLIKATIONEN

Die medizinische Fachschaft Heidelberg (AStA der Universität, 6900 Heidelberg, Grabengasse 4) veröffentlichte kürzliche eine Broschüre "Aktion Befreite Gebiete", das Materialien über Länder der dritten Welt und zwei für die Agitation bei den Medizinern sehr wichtige Artikel enthält: einen Vortrag, den Alsheimer in Heidelberg hielt, undein Interview mit dem nordvietnamesischen Gesundheitsminister. Vielleicht sind noch ein paar Einzelexemplare vorhanden, vielleicht ist es aber auch möglich, daß z.b. Tübingen das Ding neu druckt. Interessierte Gruppen sollten sich mit Heidelberg in Verbindung setzen und schreiben, an wieviel Exemplaren sie unter welchen Bedingungen interessiert sind. In Heidelberg wurden in 2 Tagen 1000 Stück verkauft. Von 6 Leuten.

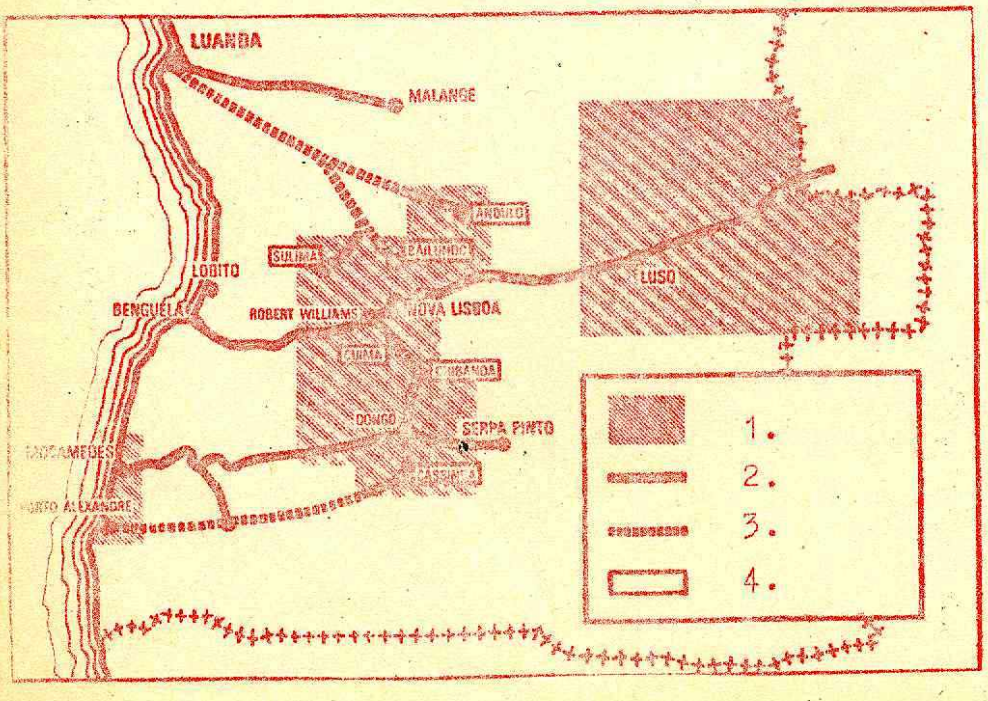
In der ersten oder zweiten Februarwoche bringen die Mediziner in Heidelberg eine zweite Broschüre heraus - Tübingen hat schon 500, München 1000 bestellt. Sie enthält voraussichtlich Artikel über die port. Kolonien, über Entwicklungshilfe, über Cuba und Südafrika, Etwa DM 1.-. Bestellungen an Med.Fachschaft, telephonische Bestellung und weitere Auskünfte von Clemens Cording, 35 2 65.

In Frankfurt wird gerade eine Broschüre zusammengestellt, die ein Interview mit Cabral, einen Artikel von ihm über die Ökonomie der Befreiten Gebiete, eine Rede von Neto und Material von der MPLA enthalten wird. Wird herausgegeben vom BV des SDS und dem vds, Preis und Umfang stehen noch nicht fest, aber es werden auf keinen Fall Bestellungen von weniger als 10 Exemplaren verschickt. Organisiert den Verkauf in den Gruppen also selbst.

Angola



BEFREITE GEBIETE UMKÄMPFTE GEBIETE



1. KONZESSIONSGEBIETE DER COMPANHIA MINEIRA DO LOBITO (GESELLSCHAFTER: KRUPP)
2. EISENBAHNLINIEN
3. GEPLANTE EISENBAHN-LINIEN
4. BERGBAUZENTREN

Liste von Medikamenten, Ausstattung etc. für die MPLA

I

Liste der notwendigsten Dinge für den medizinischen Hilfsdienst zur Ausstattung dreier Landkrankenhäuser mit je 100 Betten

A Chirurgisches Ausrüstungsmaterial für folgende Eingriffe:

1 Allgemeine Chirurgie
Hernien, Appendektomien etc.
Einrichtung von Frakturen
Mund- und Kieferheilkunde (Zahnextraktion etc.)

2 Geburtshilfe, Gynäkologie
Küretten
geburtshilfliche Zangen, Saugglocken
Kaiserschnitte, etc.

B Ausrüstungsmaterial für die Anästhesie

1 Allgemeine Anästhesie und Reanimation (Wiederbelebung)
Tragbare Apparate

2 Lokalanästhesie
Novocain etc.

C Materialien zur intravenösen Infusion

Infusionsbestecke		
Isotonische Glukoselösung 5%	Flasche	à 500 ccm
Hypertonische Glukoselsg. 20%	"	à 500 ccm
Ringerlösung o.Ä.	"	à 500 ccm
Plasmaexpander	"	à 500 ccm
Humanalbumin	"	à 500 ccm

D Geräte für die Sterilisation
Tragbare Autoklaven mit Benzin/Petroleum
Petroleum/Benzinkocher
Sterilisationstrommeln
Glas- und Plastikspritzen zu 5, 10 und 20 ccm
Watte
Salbenläppchen
Mullbinden und elastische Binden von 5 und 10 cm Breite

E Geräte für die Geburtshilfe
Gynäkologischer Untersuchungsstuhl, - Untersuchungstisch
Beckenzirkel zur Feststellung der Beckenmasse
Gynäkol. Stethoskop, Membranstethoskop
Blutdruckapparate (Hg und Manometer)
Absaugegerät für Neugeborene

Verschiedenes
Moskitonetze, Stoffe für Laken, Schaumstoffmatrazen etc.

II

AUSSTATTUNGSMATERIAL FÜR 3 MEDIZINISCHE LABORATORIEN
(LABORATORIEN FÜR MEDIZINISCHE ANALYSEN)

MIKROSKOPE UND ZUBEHÖR
TRAGBARE KÜHLSCHRÄNKE MIT BENZIN/PETROLEUM-BETRIEB

REAGENZIEN FÜR FOLGENDE UNTERSUCHUNGEN:

URIN: EIWEISS, GLUKOSE, BILIRUBIN ETC.
STUHL: ROUTINEUNTERSUCHUNGEN VON FRISCHEM STUHL UND NACH HOMOGENISATION
BLUT: ZENTRIFUGE, FORMULARE UND ZÄHLKAMMERN FÜR WEISSE UND ROTE BLUTKÖRPERCHEN, BSG-PIPETTEN, TESTSEREN ZUR BLUTGRUPPENBESTIMMUNG ETC.
SPUTUM: TUBERKELBAZILLUS, KEUCHHUSTEN, LEPRA ETC.
ABSTRICHE: SCHEIDE, HARNRÖHRE, NASE, LYMPHE ETC.

III.

SCHÄTZWERT DER JÄHRLICH DRINGENDST BENÖTIGTEN MEDIKAMENTE
(° = LANGE HALTBAR, * = BEGRENZT HALTBAR, BEI DEN MEDIKAMENTEN OHNE DIESE BEIFÜGUNG KONNTEN WIR ES NICHT SOFORT HERAUSFINDEN – DIE LISTE WURDE IN EILE ÜBERSETZT)

ANTIPYRETICA			
ASPIRIN	0,5 GR	TABL.	1.000.000 °
PHENACETIN	0,5 GR	TABL.	1.000.000 °
SUMPFFIEBER, MALARIA			
CHININ	0,25 GR	TABL	500.000 °
CHININ	0,25 GR	AMP	500.000
RESOCHIN (CHLOROQUIN)	0,25 GR	TABL	2.000.000
RESOCHIN (CHLOROQUIN)	0,25 GR	AMP	1.000.000
ANTIBIOTIKA			
PENICILLIN (SUSPENSION)	3.000.000 I.E.	AMP	500.000
STREPTOMYCIN (SUSPENSION)	5 GR	AMP	500.000
CHLORAMPHENICOL	250 MG	TABL	1.000.000 °
TETRACYCLIN	250 MG	TABL	1.000.000
TETRACYCLIN		SYRUP	
SULFONAMIDE			
SULFOTIAZOL	0,5 GR	TABL	2.000.000 °
SULFAGUANIDIN (RESULFON)	0,5 GR	TABL	2.000.000
TRI-SULFAMIDE		TABL	1.000.000
VITAMINE UND MINERALIEN			
POLYVITAMINE		TABL	2.000.000
VITAMIN C	0,5 GR	TABL	2.000.000
VITAMIN C	0,5 GR	AMP	1.000.000
VITAMIN B 1	0,1 GR	AMP	1.000.000 °
VITAMIN K	0,01 GR	AMP	1.000.000
B-KOMPLEX		AMP	1.000.000
VITAMIN B 12	1.000 MGR	AMP	1.000.000
VITAMIN D		AMP	1.000.000 °
FERROSULFAT		TABL	2.000.000 °

SPASMOLYTICA UND SEDATIVA

PAPAVERIN		AMP	500.000 °
BUSCOPAN		AMP	500.000 °
AVAFORTAN		AMP	500.000 °
ATOSIL	0,25 GR	TABL	500.000
ATOSIL	0,25 GR	AMP	500.000
MEGAPHEN	0,25 GR	TABL	500.000
MEGAPHEN	0,25 GR	AMP	500.000
LUMINAL	0,1 GR	TABL	500.000 °
MEPROBAMAT		TABL	500.000 °

ANTIPARASITEN

ANTHELMINTIKA	TABL	500.000
ANTHELMINTIKA	SIRUP	
ANTI-BILHARZIOSE (SCHISTOSOMIASIS)	TABL	500.000
ANTI-FILARIA (BANKROFTI) HETRAZAN	TABL	500.000

SERA UND IMPFSTOFFE

OPHYSIENSCHLANGE	10 CCM	AMP	1.000.000 *
TETANUS	10 CCM	AMP	1.000.000 *
SKORPION	10 CCM	AMP	500.000 *
POCKEN	10 CCM	AMP	1.000.000 *
DIPHTHERIE	10 CCM	AMP	500.000 *
GASBRAND	10 CCM	AMP	1.000.000 *

D.P.T. (DIPHTHERIE, PERTUSSIS, TETANUS) 10CCM AMP 1.000.000 *

VERSCHIEDENE MEDIKAMENTE

CALCIUMGLUKONAT	AMP	1.000.000 °
P.A.S.	TABL	3.000.000
ISONIAZID	TABL	3.000.000
SULFONAMIDE O.Ä.	TABL	3.000.000
PENTAMIDIN	AMP	3.000.000

ANTIHISTAMINIKA

SALBEN: PENICILLIN, SULFONAMID, ZINKOXYD, TETRACYCLIN ETC.

ANTISEPTIKA

ÄTHYLALKOHOL 60 UND 90 % °
ÄTHER SULFURICUM
KRISTALLINES JOD °
KALIUMPERMANGANATKRISTALLE °
WASSERSTOFFSUPEROXYD ZU 5, 10 UND 20
SAGROTAN U.Ä.
KRESOL, D.D.T. FLÜSSIG UND PULVER °

MITTEL UM GALENIKA HERZUSTELLEN

VASELINE, FLÜSSIG UND SALBE °
NATRIUMSULFAT (GLAUBERSALZ) °
MAGNESIUMSULFAT °
BORSÄURE °
NATRIUMBORAT
ANALGETISCHER BALSOM
RIZINUSÖL
LEBERTRAN

MOVIMENTO POPULAR DE LIBERTAÇÃO DE ANGOLA (MPLA)
MOXICO (ANGOLA), JANUAR 1968

46

Über die Gründung und Tätigkeit der Projektgruppe Griechenland im SDS Hamburg

Die Projektgruppe Griechenland im SDS Hamburg wurde wenige Monate nach dem Militärputsch vom 21. 4. 1967 gegründet. Sie sah ihre erste Aufgabe darin, die öffentliche Meinung insbesondere im Rahmen der Universität über die wirklichen Ursachen zu informieren, die zur offenen Intervention der USA und der NATO durch das griechische Militär in das politische Leben Griechenlands führten. Nämlich jene Ursachen die von der bürgerlichen Presse verschleiert und von den griechischen linken Parteien verdreht oder verschwiegen werden.
Die Projektgruppe strebt vor allem danach, im Rahmen der linken Bewegung in der Bundesrepublik eine Aspekte über die momentane politische Situation Griechenlands zu zeigen, die notwendig sind, um den Boden für eine konkrete Solidarität mit sich mühsam herausbildenden sozialrevolutionären Kadern in Griechenland vorzubereiten.
Während der a.o. DK des SDS in Frankfurt (29. - 31. März 1968) hat die Projektgruppe Griechenland ihren ersten Initiativ Antrag über "Parlamentarismus und konterrevolutionärer Putsch in Griechenland" gestellt, in dem sie unter anderem betonte: "Der konterrevolutionäre Staatsstreich der faschistischen Militärs und der USA in Griechenland gemäß dem NATO-Plan "Prometheus" hat (...) gezeigt, daß der westeuropäisch-US-amerikanische Gesamtkapitalist in der Lage ist, Opposition innerhalb von Stunden zu liquidieren, die ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse außerparlamentarische Opposition nur als Akklamation einer auf das Parlament fixierten, breiten Bündnispolitik duldet.... Deshalb unterstützt der SDS alle (griechischen)... unabhängigen revolutionären Gruppen bei ihrem Versuch, sich zu einer Befreiungsfront zu organisieren."
Außerdem hat die PGG im SDS Hamburg den Versuch unternommen, auch in anderen Städten der BRD durch SDS- und unabhängige griechische Genossen Projektgruppen zu gründen, um mit ihnen durch koordinierte praktische und theoretische Arbeit ein Konzept bzw. Strategie über das Problem Griechenland zu entwickeln.
Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen folgende Themen auszuarbeiten.

I. Die strategisch-politische Bedeutung Griechenlands innerhalb der NATO
2. Die politisch-ökonomische Abhängigkeit des Landes von den USA und den Staaten der EWG.
3. Die Rolle der europäischen Peripherie-Länder im Gesamt-kapitalistischen System und die Bedeutung des antiimperialistischen, antikapitalistischen und revolutionären Kampfes in diesen Ländern.
4. Die Entwicklung in Griechenland nach dem Militärputsch. (Interessenverflechtung zwischen der Junta und dem amerikanischen sowie auch dem westeuropäischen Monopolkapital

Im Rahmen einer stetigen Informationskampagne veröffentlichte die Projektgruppe eine Reihe von Informationsblättern, in denen versucht wurde die Problematik über die obengenannten Themen zu intensivieren.
In diesem Sinne wurden im Rahmen der Aufklärungskampagne Aktionen gegen die sogenannte Volksabstimmung der Junta geführt mit dem Ziel auf die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes in Griechenland hinzuweisen

In Zusammenarbeit mit den schon entstandenen Projektgruppen Griechenland im SDS Berlin und Münster haben wir während der 23. o. DK des SDS in Hannover den Initiativantrag gestellt, der sich mit der sich mit der Entwicklung des Landes nach der Errichtung der Diktatur und mit den Perpektiven für einen revolutionären Kampf befaßte. In der gleichen DK wurde von uns eine kurze Arbeit über die politischen Kräfte in Griechenland verteilt. Abschließend muß betont werden, daß unsere Bemühungen danach streben, direkt in Kontakt mit revolutionären Kadern in Griechenland zu kommen, um den Widerstand besser unterstützen zu können.

Projektgruppe Griechenland
im SDS Hamburg

Genossen - es ist sicher eine Scheiße, wie die letzte Seite (z.B,) getippt ist - wir bemühen uns nicht nur, eine Rota geschenkt zu bekommen, sondern auch eine oder zwei oder drei Schreibmaschinen, die jünger sind als die Jahrhundertwende. Vielleicht, Genossen, könnt Ihr uns dabei unterstützen oder gar irgendeine von Euren schönen Maschinen einfach hierher schicken, wenn's Euch leichter fällt, eine neue zu besorgen.

Und was Ihr auf jeden Fall tun könnt: Eure Beiträge zur Info, soweit sie abgesprochen sind, also sicher erscheinen und nicht hier herausselektiert werden, auf Matrize geschrieben herschicken. Das würde sich diesmal z.B. auf die Beiträge aus Hamburg beziehen. Wir benutzen hier Gestetner-Matrizen (das sind die mit den vielen Löchern als Aufhängung), können aber notfalls von anderen die Aufhängung abschneiden und eine Gestetner-Aufhängung dranheften. Seht also mal zu, was Ihr tun könnt -- ob Ihr nicht etwa zu speziellen Themen (wie diese Info oder die zur nk) die gesamte Produktion übernehmen könnt. Wir würden Euch dann die Umschläge oder nur eine Adressenliste und die Manuskripte schicken.

Für den Versand: wir hätten diesen Info gern auch an die SAALA in Heidelberg und die Trikontinental-Gruppe in Köln geschickt, haben aber keien Adressen. Schickt uns also mehr Adressen von solchen Gruppen und von SDS-Basis-, Projekt- und ad-hoc-Gruppen.

Die Mediziner-Basisgruppe in Frankfurt z.B. ist zu erreichen über Gerd Francke, Frankfurt, Schleusenstr. II, 25 I9 80.

18

Zur Lage der politischen Kräfte in Griechenland vor und nach dem Militärputsch

Die neue Verfassung, die dem griechischen Volk von der faschistischen Militärjunta oktroiert wurde, ist zustandegekommen in der Einsicht, daß die Errichtung einer formal-demokratischen Fassade in der Anlehnung an das imperialistische System eine adäquate Anpassung an die verschleierten Herrschaftsformen dieses Systems darstellt.

Das Plebiszit für die neue Verfassung wurde durch massive Terrormaßnahmen manipulativ durchgepeitscht. Es stellt aber eine suffiziente Legitimierung für die Regierungen all jener Länder dar, die ihre handfesten ökonomischen und politischen Interessen in Griechenland durch die Junta optimal vertreten sehen. Diese Pseudo-Verfassung, die durch das Hinzufügen von Notstandsgesetzen und Verordnungen ihre eigene Aufhebung beinhalten, soll dem US-Imperialismus und dem westeuropäischen Monopolkapital als Vorwand dienen, die nach dem Putsch (21. April 1967) geleistete Wirtschafts- und Militärunterstützung wieder offen aufzunehmen.

Die Diktatur der Junta hat das alte System nicht aufgelöst. Im Gegenteil, das System selbst hat Zuflucht in der Diktatur gefunden um seiner eigenen Erhaltung willen. Diktatur ist also nicht die Negation des Systems, sondern dessen konsequente Fortsetzung. D.h., der Kampf des griechischen Volkes gegen die Diktatur kann nur ein Kampf gegen das System als ganzes sein.

Gehen wir von dieser Feststellung aus, so stellt sich die Frage nach den politischen Parteien und der Rolle, die sie vor der Errichtung der Diktatur gespielt haben. Diese Frage muß unter Berücksichtigung der in Griechenland vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise und des mit ihr verknüpften sozialen und politischen Systems behandelt werden.

Seit dem Ende des griechischen Bürgerkriegs (1947-1949) ist das Land in die Einflußsphäre des US-Imperialismus geraten. Für die USA war die Ausschaltung des geschwächten kapitalistischen Rivalen Großbritannien zugleich der Auftakt für eine Politik, während der Griechenland immer vollständiger in das ruinierende Abhängigkeitsverhältnis mit dem US-Imperialismus gedrängt wurde. Das Vorgehen des imperialistischen Systems wurde objektiv erleichtert durch die Haltung der bürgerlichen Parteien, die die Verflechtung des in- und ausländischen Monopolkapitals unterstützen und die diesen Verflechtungen entsprechenden politischen Verpflichtungen willig eingingen. Die allgemeine Kollaboration des imperialistischen Systems mit der griechischen Reaktion (die Interessenkonvergenz der herrschenden Klasse konzentrierte sich in den Machtzentren Palast, Oligarchie und bürgerliche rechtsgerichtete Parteien) führte folgerichtig zum Beitritt Griechenlands zur NATO (1952) und zur Assoziierung an die EWG (1961). Die wichtige strategische Position Griechenlands an der Südostflanke der NATO ließ das militärische Engagement der US-Aggressoren in diesem Land ungeheure Ausmaße annehmen. Ganz Griechenland ist von amerikanischen Militärstützpunkten übersät.

Die herrschende Klasse Griechenlands bediente sich der Armee in Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus zur Gewährleistung einer ungehemmten Stabilisierung und Extension der Vorherrschaft der einheimischen und ausländischen Monopole. Außerdem dienten die Streitkräfte der je an der Macht befindlichen Regierung zur Einschüchterung und Terrorisierung der linken Kräfte.

Kristallisationskern der herrschenden Oligarchie, des Königshofes und der ausländischen Interessen war die erzkonservative "National-Radikale-Union" (ERE), die unter Karamanlis von 1955 bis 1963 die Regierung innehatte und alle Schachzüge zur Zementierung der bestehenden Eigentumsverhältnisse und Privilegien vollzog. Die schon 1945 begonnene Infiltration

der Polizei , der Armee und der Administration mit reaktionären Elementen wurde während der Regierungszeit der ERE-Partei fortgesetzt und führte dazu, daß schließlich die Polizei, Armee und der gesamte Staatsapparat unter der Verfügungsgewalt der Parteispitze gelangte. Paramilitärische Organisationen, wie die TEA ("Regimenter nationaler Sicherheit") auf dem Lande, erwiesen sich als die besten Wahlhelfer der ERE. Die Terrormaßnahmen, Gewaltsandrohungen und psychologischen Repressionen machten schon damals jede Rede von sogenannten freien Wahlen zur blanken Fiktion.

Die faschistoiden Elemente dieser Partei bilden heute denjenigen Teil des politischen Potentials, auf dessen Unterstützung sich die Militärjunta fest verlassen kann.

Die griechische Wirtschaftsoligarchie hoffte während der Regierungszeit der ERE durch Ausweitung autoritärer Maßnahmen die Kontrolle über die Massen zu gewährleisten. Man erkannte richtig die Disziplinierung der Bevölkerung als unabdingbare Voraussetzung für ein ungestörtes Wachstum des industriellen Kapitals, das im internationalen Maßstab als relativ Unentwickeltes einzuordnen ist. Die Expansionsmöglichkeiten des einheimischen Kapitals fanden ihre Begrenzung im Eindringen starker US- und westeuropäischer Monopole. Trotz der relativen Schwäche des griechischen Kapitals kam es in Zusammenarbeit oder in den Dienst des ausländischen Monopolkapitals zur Beherrschung wichtiger inländischer Wirtschaftszweige und damit zur Erheischung sehr hoher Profite.

Dieser Prozeß der Monpolisierung ging Hand in Hand mit der verringerten Kaufkraft der unteren Schichten, was eine zunehmende Tendenz zum Bankrott der Kleinunternehmen der bürgerlichen Unterschicht zur Folge hatte. Die gleichzeitig wachsende Proletarisierung einer großen Mehrheit des mittleren und kleineren Bauerntums führte zu einer explosiven Zuspitzung der Klassengegensätze.

Betrachtet man die Abwehrreaktionen der herrschenden Oligarchie gegen eben diese Verhärtung der sozialen Polarisation während der ERE-Regierungszeit, so finden sich schon hier Anzeichen für das, was am 21. April 1967 als offene Diktatur sich repräsentierte. Die allgemeine Streikwelle, die sich um 1960/61 über Griechenland ausbreitete und zum Teil, wie z.B. beim Streik der Bauarbeiter in Athen, regelrecht militante Formen annahm, wurde unter stillschweigender Zustimmung der korrumpierten Gewerkschaftsbürokratie unter Einsatz von Polizei und Armee gewaltsam unterdrückt.

Der Wille des Volkes zum Widerstand wurde aber von der reformistischen Politik der "Vereinigten Demokratischen Linken" (EDA) erheblich gehemmt. Die EDA, Sammelbecken aller linken Kräfte, wurde in ihrem Kern zusammengehalten von Mitgliedern der 1947 verbotenen KPG. Die Spitze war permanent von Angehörigen des gemässigten Flügels besetzt.

Im Art. 1 ihrer Satzung erklärt die EDA, nur im Rahmen der parlamentarisch-demokratischen Ordnung und auf dem Boden der griechischen Verfassung tätig werden zu wollen. Die politische Frage war für die EDA keine Machtfrage mehr. Sie setzte sich lediglich für Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems ein. Im Zuge der voranschreitenden Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte hinkte die EDA immer hinter der Praxis und den Forderungen der Arbeiterklasse her. Jede Auflehnung der Basis gegen das System wurde durch die systemkonforme Einstellung der EDA parlamentarisch domestiziert. Die Tatsache, daß das Parlament als Herrschaftsmittel zugunsten der bestehenden Gesellschaftsordnung nur solange funktioniert, wie es von der Bevölkerung als die eigene Vertretung anerkannt wird, macht deutlich, daß die EDA - gewollt oder ungewollt - mit ihrer Fixierung auf das Parlament objektiv die Interessen des imperialistischen Systems und der einheimischen Oligarchie unterstützte, denen daran gelegen war, so lange als eben möglich die formal demokratische Fassade beizubehalten.

Die griechische KP hat ihre historische Aufgabe insoweit nicht erfüllt, als sie durch ihre Politik der friedlichen Koexistenz zur Restauration und Stabilisierung des herrschenden Systems objektiv beitrug und zwar gegen den Willen vieler einfacher Mitglieder. Ihr Verzicht auf eine fundamentale Opposition führte dazu, daß sich der Kampf des Volkes nicht gegen die herrschende Klasse richtete, sondern jeweils gegen die Politik der regierenden Partei. Somit unterstützte die KPG die Bestrebungen des Großbürgertums, die klassenbedingten Gegensätze der griechischen Gesellschaft auf eine Auseinandersetzung der Parteiführungen zu reduzieren.

Diese Politik der EDA/KPG erklärt gleichzeitg ihre Einstellung gegenüber der bürgerlich-liberalen Zentrumsunion (ZU). Die EDA/KPG sah in der ZU jene Partei, die die Voraussetzung für eine Normalisierung des politischen Lebens schaffen würde. Dabei ging sie von einer falschen Analyse der Struktur und des Charakters der ZU aus; denn anstatt durch eine konsequente Opposition die Zweifronten-Politik der ZU zu entlarven, verbrüderte sich die EDA temporär mit ihr.

Die ZU unter Georgios Papandreou betrieb eine schizophrene Politik. Auf der einen Seite erstrebte sie Reformen, die der Stabilisierung des ökonomischen Status der mittleren Schichten dienen sollte, ohne andererseits die wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeit Griechenlands vom imperialistischen System in Frage zu stellen.

Der sogenannte linke Flügel der Partei unter A. Papandreou, auf den die EDA so viele Hoffnungen gesetzt hatte, sprach von einer Gleichberechtigung Griechenlands im Rahmen der westlichen Welt, vergaß jedoch, daß der US-Imperialismus Griechenland als seine sicherste Kolonie in Europa betrachtete. Während A. Papandreou seine Politik den Amerikanern glaubwürdig machen wollte, formierte sich zur gleichen Zeit, angesichts des zunehmenden Linksrutsches, die griechische Reaktion mit Hilfe des CIA zu einem Gegenschlag.

Der US-Imperialismus sah weniger eine Gefahr in den Inhalten der Reformpolitik von A. Papandreou, die wirkliche Gefährdung für das in- und ausländische Monopolkapital lag in den möglichen Auswirkungen dieser Bestrebungen : die Realisierung der Reformen hätte zu einer weiteren Politisierung der Massen geführt, die ohnehin im Laufe dieses emanzipatorischen Prozesses, die verpönten parteipolitischen Methoden nicht länger hätten akzeptieren können. Somit wäre die elementare Existenzbedingung eines jeden kapitalistischen Staates. die Kontrolle über die Massen, tendenziell aufgehoben.

Die Machtergreifung der Obristen am 21. April 1967, die nach dem detaillierten NATO-Plan "Prometheus" und mit Hilfe des CIA exakt ablief, stieß nicht auf den geringsten Widerstand seitens der linken Parteien und der ZU, denn sie hatten sich aufgrund ihrer falschen Einschätzung der politischen Situation Griechenlands auf die für den 28. Mai angesetzten Wahlen festgesetzt und keine Vorbereitungen getroffen um den faschistischen Kräften aktiv entgegen zu treten.

Man hatte ja gehofft, daß die linken Parteien aus ihren früheren Fehlern lernen würden und sich in ihrer Widerstandstaktik auf neue der derzeitigen Lage adäquaten Methoden orientieren. Aber die starre Beharrung auf den einmal festgestanzten Standpunkten gerät ihnen zum Verhängnis. Das fortgesetzte Vertrauen in die antidiktatorische Einstellung der bürgerlichen Parteien hindert sie an einer Reflektion der Voraussetzungen, die die Militärdiktatur ermöglichen.

Ein Blick in die Zielsetzungen der bisher bekannten Widerstandsorganisationen erhärtet die These, daß die linken Parteien immer noch nicht von der reformistischen Volksfrontpolitik abgerückt sind. Die dahinterstehende Erwartung, das "nationale Bürgertum" könne eine progressive Rolle für die sogenannte "Nationale Demokratische Änderung" spielen, erweist sich als unhaltbar, denn diese Klasse hat sich durch ihre Kollaboration mit dem US-Imperialismusentlarvt.
Aus den Zielen des Abkommens, das zwischen den Widerstandsorganisationen "Patriotische Front" (sie rekrutiert sich aus EDA- und KPG-Mitgliedern und wird im Ausland vom Ex-Abgeordneten und Mitglied des Exekutivkomitees der EDA A.Brillakis vertreten) und der "Panhellenischen Antidiktatorischen Bewegung" (sie verkörpert mehr einen Kreis von Personen um A. Papandreou) läßt sich der reformistische Kurs dieser Organisationen erkennen: a) Sturz und Auflösung der Junta, Bestrafung der Verantwortlichen für den Putsch und dessen Folgen. b) Befreiung aller politischen Gefangenen und Rehabilitierung aller jener, die von der Junta verfolgt wurden. c) völlige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen und demokratischen Freiheiten auf Grund der Verfassung, die bis vor dem Putsch galtsowie auch die Aufhebung aller Notstandsgesetze und Verordnungen, die diese Verfassung ad absurdum führten. d) unmittelbare Festsetzung eines Termins für die Durchführung von freien und gerechten Wahlen zwecks einer verfassungsgebenden Versammlung. An den Wahlen werden alle Parteien teilnehmen. Die Wahlen werden durch eine aus allen Parteien und Widerstandsorganisationen gebildeten Regierung durchgeführt werden. e) die verfassungsgebende Versammlung wird eine neue Verfassung wählen und alle nötigen Maßnahmentreffen, die die Volksherrschaft und den wahren demokratischen Prozess auf Grund einer festen, dauerhaften Basis garantieren und den Weg für eine demokratische Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt Griechenlands sichern werden.
Diesem Abkommen ist auch die "Demokratische Verteidigung", eine aus Kadern des linken Flügels der ZU bestehende Widerstandsorganisation beigetreten.
Die Alternative zum bestehenden System kann nur der Sozialismus sein. Es würde allen Erfahrungen der griechischen Geschichte widersprechen, die Kampfentschlossenheit des Volkes zu unterschätzen. Der bewaffnete Kampf in Griechenland wird auch für die Zukunft der Peripherie-Länder des kapitalistischen Europas entscheidend sein.

Projektgruppe Griechenland im SDS Hamburg

Zur wirtschaftspolitischen Kritik der parlamentarischen Linken und des technokratischen Reformismus in Griechenland

Wir geben im Folgenden in frei übersetzter und leicht gekürzter Form einen Bericht über die ökonomische Lage in Griechenland wieder, der von einigen griechischen Volkswirtschaftlern (P.Andritsis, D.Filias u.a.) auf dem ersten ökonomischen Kongress in Athen vom 4.-10.Dez. 1966, also wenige Monate vor dem Militärputsch, vorgelegt worden ist.

Dieser Bericht ist aus zwei Gründen wichtig: zum einen, weil er eine Fülle von Informationen über die Lage der griechischen Wirtschaft enthält und sie in systematischem Zusammenhang interpretiert; zum andern, weil er repräsentativ ist für die wirtschafts-

politischen Vorstellungen der Zentrumsunion bzw. bestimmter linksliberaler Kreise um die Papanastasiougruppe - allein schon auf Grund der Daten, die der Bericht nicht enthält, nämlich solchen, die relevant sind für eine Klassenanalyse Griechenlands - die Schwächen dieser Konzeption sichtbar werden läßt. Daß die Reformen, die die ZU unter der Führung von Andreas Papandreou in ihr Programm aufnahm, nicht mehr als eine Realisierung moderner amerikanischer Zweckrationalität auf griechischem Boden sein sollten, sagen zuweilen seine Anhänger selbst: "Andreas Papandreous 'Radikalismus' war (...) nicht mehr als eine Mischung aus 'New Deal', 'New Frontier' und 'Großer Gesellschaft'. In der halbfeudalen byzantinischen Struktur Griechenlands gelten solche Ideen jedoch als höchst radikal, und die extreme Rechte hielt Andreas für einen gefährlichen Kommunisten!" (Rousseas)

Es ist in der Tat so, daß die Opposition im Parlament auch auf ökonomischem Gebiet keine wirkliche Alternative gegenüber der Oligarchie zu bieten hatte:

Die Zentrumsunion akzeptierte den für die griechische Wirtschaft katastrophalen Eintritt in die EWG und die Herrschaft der Monopole, die nur getreu den Regeln des spätkapitalistischen Staatsinterventionismus gewissen Kontrollen unterworfen werden sollten. Andreas Papandreou trat für ein "Ausbalancieren der ausländischen Einflüsse" ein: "Es hängt von der Außenpolitik eines Landes wie Griechenland ab, ob ein bewußter Versuch gemacht wird, die Einflüsse auszubalancieren, oder ob und bis zu welchem Grad wir das Entstehen einer unbalancierten Entwicklung der ausländischen Einflüsse erlauben werden" (Hilton-Rede, 9.2.1967) Seine Symptom-Kritik erweckt den Eindruck, als ob die Verbesserung einiger Faktoren reale Veränderung bedeuten würde. So wurde die sogenannte Papanousos-Reform des Erziehungswesens (Einführung der neugriechischen Sprache in den Schulen, Abitur, Schulpflicht neun Jahre) wie auch die Modernisierungspläne für die Verwaltung (Langrod-Bericht") von einer technokratischen ZU-Gruppe als konkrete Alternative zur Überwindung der Unterentwicklung in der Infra-Struktur gepriesen. Dabei blieb außer Betracht, daß solche Vorstellungen, werden sie nicht im Rahmen eines Wirtschaftentwicklungsplanes und der politischen Voraussetzungen zu seiner Realisierung verstanden, keine Veränderung bewirken können. Doch die mit der ZU verbundenen Gruppen mußten in der Schaffung solcher Voraussetzungen eine Bedrohung der bestehenden Machtverhältnisse sehen und sie deshalb verhindern. eine systemimmanente Modernisierung kann letztlich nur die Modernisierung der Monopole bedeuten und nützt lediglich der "Integration" Griechenlands in das internationale System des europäischen und amerikanischen Imperialismus - eine Perspektive, die im Grunde genau den Plänen der jetztigen Militärregierung entspricht.
Was die EDA betrifft, so hat sie sich den Reformern der Zentrumsunion angehängt und im Sinne ihrer Politik der "Einheit der demokratischen Kräfte" einen technokratischen Rechtsruck vollzogen. Ihre wissentschaftliche Beratergruppe EMOKA vertrat auf dem gleichen Kongreß, auf dem auch das folgende Paper vorgelegt wurde, die Ansicht, "daß nur der Staat in der Lage ist, die Harmonie und Entwicklung der drei dafür wichtigen Faktoren: Investition, technischer Fortschritt, und rationale Organisation der Wirtschaft, herzustellen." Bedeutet Ökonomismus im allgemeinen die Vernachlässigung des subjektiven Faktors in der gesellschaftlichen Entwicklung, so wird er hier opportunistisch so weit getrieben, daß der Charakter der bestehenden

Herrschaftsverhältnisse überhaupt außer Betracht fällt. Höchste Instanz sollte nach EMOKA das Parlament sein; die Ohnmächtigkeit des Parlaments, selbst bei demokratischen Mehrheiten (von direkten Interventionen wie etwa der des Königs im Juli 1965 ganz abgesehen), wird dann ein abgespaltenes Problem für die Spezialisten der "Politik".

Die parlamentarische Linke in Griechenland war der Ansicht, daß die "nationale Bourgoisie" sich gegen die Abhängigkeit des Landes wenden und in ihrem eigenen Interesse die Industrialisierung durchfuhren könnte (so zitierte noch drei Wochen vor dem Putsch der Militärs die KP-Zeitschrift "Neos Kosmos" den Großindustriellen Drakos, der sich darüber beklagte, der "Staat" (!) wolle keine griechische Industrie). Die Linke übersah, daß die griechische Bourgoisie ihr entscheidendes Interesse an der Erhaltung des Status quo hatte und eher in Zusammenarbeit und Kompromiß mit ausländischen Monopolen eine Überlebenschance sah als in der Zusammenarbeit mit dem Volk.

Projektgruppe "Griechenland"
im SDS Frankfurt

BERICHT ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE GRIECHENLANDS

Der zweite Weltkrieg hatte Griechenland einen Zustand beispielloser Desorganisation und riesiger Verluste an Anlagen und Produktion gebracht. Im Zeitraum von 1939-45 verminderte sich die Bevölkerung (7,5 Mill.) um 400.000 Personen. Dabei hat man sich zuerinnern, daß Griechenland zu Beginn des Krieges schon ein stark unterentwickeltes Land gewesen war. Die industrielle Produktion machte lediglich 11% der Gesamtproduktivität aus, von einer Gesamtfläche von 132.000 km² waren lediglich 3 Mill. ha bebaut; Arbeitslosigkeit herrschte in Stadt und Land. Die Landflucht und die Stagnation der Beschäftigtenzahlen im industriellen Sektor brachte ein immer stärkeres Ansteigen der Beschäftigten im unproduktiven Dienstleistungsgewerbe. Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung der Hauptstadt unproportional stark, so daß sich 1966 schon 25% der Gesamtbevölkerung in ihrem Raum zusammenballten. Nach dem Krieg sah sich das Land vor die Aufgabe gestellt, die zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen und zu entwickeln.

Die Agrar- und Industrieproduktion hat heute längst das Ausmaß der Vorkriegszeit überschritten. Die Getreideproduktion hat sich verdreifacht, mehrmals vervielfacht hat sich auch die Produktion von Baumwollen, Reis und Gemüse; der Verbrauch von Düngern hat sich stark erhöht, ebenso der Grad der Mechanisierung auf dem Lande. Die Industrieproduktion hat sich um das 3fache erhöht. Ihr Anteil am Gesamtprodukt beträgt heute 19%. Zum ersten mal sind Industrien aufgebaut worden, die diesen Namen verdienen, zum ersten mal auch eine Schwerindustire.

Hinzu kommt, daß man im Bereich der Ideen und der Denkart einen großen Schritt nach vorn gemacht hat. Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Entwicklung, auch der Fatalismus der ewigen Armut ziehensich vor den Tatsachen zurück. Es fragt sich jedoch, ob soviel unbestreitbarer Fortschritt zu sagen gestattet, daß in Griechenland die notwendigen strukturellen Veränderungen vorgenommen worden sind, und daß man sich jetzt in einer Phase der Entwicklung befindet.

Die Erschütterungen der letzten dreißig Jhare haben das griechische Volk dahin gebracht, nicht das Jahr 1938 sondern das soziale und technische Niveau der entwickelten Länder zum Vergleich zu nehmen. Die große Gelegenheit, durch Mobilisierung aller Kräfte eine grundlegende Veränderung der Wirtschaft, einen entschiedenen Wiederaufbau des sozialen Systems, was eine Gesundung der Wirtschaft und daraus folgend der Entwicklung Anstoß und Verstärkung gegeben hätte, diese Gelegenheit war schnell verspielt worden. Die wirtschaftliche und soziale Annäherung von Stadt und Land, die ein Ergebnis des Opfergeistes und der Solidarität während des Krieges und der Besetzung gewesen war, ist nicht genutzt worden. Natürlich sind die Geschehnisse des Bürgerkrieges dafür ein Grund, aber auch sicherlich ein Vorwand gewesen. Über die griechiche Wirtschaft bleibt einzig zu sagen, daß es weder Grundsatzentscheidungen noch klare Zielvorstellungen gegeben hat.

Die Probleme der Modernisierung des Einkommens und der Beschäftigung in der Landwirtschaft bleiben ungelöst. Brennende Probleme des Augenblicks sind die Mechanisierung der bäuerlichen Betriebe, die Flurbereinigung, die Preisfestsetzung für Agrarprodukte und die Schwierigkeiten in der Viehzucht.

Das Ziel der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist nicht eine rasche Industrialisierung gewesen, was sich am geringen Anteil der Industrieinvestitionen, an den Gesamtinvestitionen und daran zeigt, daß das Industrieprodukt lediglich 19 % des Bruttosozialprodukts ausmacht (addiert man die Indices für Industrie und Bauwesen, so erhält man 23,3 %; die Vergeleichszahl für portugal für das Jahr 1960 ist 37,5 %).

Das problem der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsplatzbeschaffung für Juggndliche blieb bisher ohne Antworrt. Unterdessen hat sich eine Konsumenten- und Dienstleistungswirtschaft herausgebildet, in der der Industriesektor kaum und der Dienstleistungssektor überentwickelt ist. Griechenland hat das kleinste Durchschnittseinkommen von allen Ländern Europas mit zunehmender Ungleichheit in der Verteilung des Einkommens.

Hinzu kommt, daß das Defizit der Aussenhandelsbilanz sich besorgniserregend vergrößert hat, während das Ergebnis der Assoziierung an die EWG zu wünschen übrig läßt, was viele die Forderung erheben läßt, endlich die Ergebnisse dieser Assoziierung einer Prüfung zu unterziehen. Schließlich stellen sich in der Bedeutung des ausländischen Kapitals und in der wachsenden Abhängigkeit des Landes Probleme von äußerster Dringlichkeit.

Die griechische Wirtschft, dem Zufall und den äußeren Einflüssen überlassen, sieht sich zunehmenden Hindernissen gegenüber, die einer verbünftigen Entwicklung entgegenstehen und die die Anstrengungen des Koordinationsministeriums zum Scheitern verurteilen. Hinzuzufügen bleibt, daß eine strikte Monetäre Gleichgewichtspolitik durchgeführt wird und die Administration ein Hemmnis für die Entwicklung darstellt. Als einzig positives wäre die Existenz eines Planungszentrums anzuführen.

Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung verläuft sehr ungünstig, denn biologische Faktoren und Bevölkerungsverschiebungen haben sich in der Nachkriegszeit sehr verschlechternd auf sie ausgewirkt. Die Zahl der Geburten geht langsam zurück, von 28,4 pro Tausend 1933-37 auf 19,3 1955-59 und 18 1965. Gleichzeitig stieg die Sterblichkeitsquote von 7,3 (55-59) auf 8 (65). Die Zahl der Auswanderer übersteigt bei weitem den Geburtenüberschuß.

Auch im Bereich der Binnenwanderung verschlechtert sich die demographisch Situation. Im Zeitraum von 1951 bis 1961 umfaßt sie etwa 600.000 Personen und hat die Stadtbevölkerung um 23,5 % ansteigen lassen. Allein der athener Raum verbucht 62,7 % des Zuwachses. Dies ist offensichtlich auf ökonomische Gründe zurückzuführen: einerseits auf die Schwäche des Agrarsektors, andererseits auf die Tatsache, daß sich 47 % von denjenigen, die das Land verlassen, sich in der Stadt im Dienstleistungsgewerbe beschäftigen wollen.

Während der Periode 1961-65 gingen 467.700 Personen ins Ausland, d-h- 5,5 % der registrierten Bevölkerung. Schon übersteigt die Auswanderung das natürliche Wachstum der Bevölkerung. 1964 waren von 1000 Einwohnern 12,4 Auswanderer, der Geburtenüberschuß betrug aber nur 9,4 (1965 waren die entsprechenden Zahlen 13,96 und 11,03). Diese Auswanderung breing einen dreifachen Verlust des Gleichgewichts; sie betrifft bestimmte Gruppen von Arbeitern und läßt in bestimmten Bereichen des Arbeitskräftemarktes Krisen entstehen; sie b betrifft meist junge Manschen, verändert die Zusammensetzung der Altersklassen und bewirkt einen Rückgang der Geburtenrate; sie hat schließliche eine Benachteiligung bestimmter Regionen zur Folge und verstärkt die Landflucht. Eine demographische, ökonomische und soziale Auszehrung Griechenlands ist unvermeidlich. Es droht ein Land von Alten und Kindern zu werden. Eine Lösung würde nur die Schaffung hunderttausender neuer Arbeitsplätze bringen, eine gleiche Einkommensverteilung und ein Vertrauen in die Zukunft. Dazu wäre eine schnelle und dauerhafte Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsrate notwendig.

Landwirtschaftliche Produktion

Die Agrarproduktion hat zwar in der Nachkriegszeit einen starken Aufschwung genommen. Wenn auch die jährliche Wachstumsrate von 4 % (1954-64) unter der Gesamtwachstumsrate von 6 % liegt, so gestattet es jedoch die strukturellen Engpässe der griechischen Landwirtschaft letztlich nicht, die Unterentwicklung zu überwinden.

Als positiv ist anzuführen, daß der kultivierte Boden von 3.097.699 ha (1950) auf 3.673.276 ha (1961) zugenommen, die Investitionen im Zeitraum 1961-63 etwa eine Höhe von 8.0 Mill Dollar erreicht, die Nutzung des Bodens intensiviert und die Möglichkeiten für eine kommerzielle Verwertung der Agrarprodukte verbessert werden konnte.

Kultivierte Bodenfläche in tausend Hektar

Jahr	Industrie-kulturen	Gemüse	Futter-pflanzen	Obst	Gesamt kult. Boden
1938	190	40,2	132,9	293,8	3097,7
1962	370,7	103,3	307,4	552,4	3673,3
Zunahme	95 %	196%	131 %	88%	15%

Das Brutto-Agrarprodukt nahm mit etwa 123 Mill. Dollar etwa 25,5% des Bruttonationalproduktes ein. Möglicherweise ist seine Zunahme jedoch lediglich auf den traditionellen Anbau, etwa Getreide, zurückzuführen; zieht man das Wachstum des kultivierten Bodens und die Fortschritte der Bewässerung in Betracht, so bleibt sie ohnehin ungenügend.

In Prozenten des Agrarprodukts

Jahr	Getreide	Futter-pflanzen	Oliven	Wein	Obst	Indust. pflanzen	ander-
1950/51	17,5%	17,9%	10,7%	10,5%	19,0%	18,1%	6,3%
1962/63	18.8%	17,4%	8,5%	7,1%	20,2%	23,0%	5,0%

Wir müssen feststellen, daß trotz einer positiven Entwicklung einiger Kulturen strukturelle Veränderungen im Produktionsapparat und in der Zusammensetzung des Agrarproduktes kaum zu finden sind.

Das Programm einer Neustrukturierung der Landwirtschaft ist gescheitert. Statt den Getreideanbau einzuschränken erreichte man Rekordernten, die Baumwollproduktion dagegen ging zurück (1961: 277.000 t, 1965: 200.000 t). Die Produktion in der Viehzucht stagnierte, während der Anteil der Einfuhren bis auf 70 % der Inlandsnachfrage stieg. Den hohen Ausgaben, die dabei entstanden, stehen die geringen Einnahmen gegenüber, die durch die Agrarexporte erzielt werden konnten. (1963 machten sie lediglich 30 $ je Einwohner aus).

Die institutionellen Engpässe halten die Landwirtschaft des Landes in den Schranken der Unterentwicklung. 85% der 1.006.000 Bauernhöfe haben eine Fläche, die weniger als 5 ha umfaßt. Auf 1000 ha kommen in Griechenland 9 landwirtschaftliche Maschinen (BRD 104) und von diesen werden wiederum nur etwa die Hälfte sinnvoll eingesetzt. Der Düngerverbrauch je ha beträgt 38 kg (Niederlande 455, BRD 265). Strukturelle und ökonomische Beschränktheit verhindert den umfassenden Einsatz von Technik; die Produktivität ist entsprechend niedrig und macht nur ein Drittel der der EWG aus. Zwischen 1959 und 1963 wurden 1500 kg Getreide je ha gewonnen, in der BRD 3360 kg.

Ein weiteres Problem bringen die öffentlichen Investitionen und die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe. Ein offensichtlicher Mangel an Investitionen für Ausrüstung und Verbesserung ist festzustellen (die Kredite hierfür machten 1961 nur jeweils 8,35 und 3,51% der Gesamtsumme aus; 1938 waren es noch je 9,85 % und 12,9 % gewesen). Der Rückgang der langfristigen Kredite zeigt den hohen Grad der Verschuldung der landwirtschaftlichen Unternehmen an, der kaum noch weitere Verschuldung im Rahmen der bestehenden Kreditgewährung zuläßt.

Neue langfristige Kredite in Mio Drachmen bzw. %

Jahr	1959	1960	1961	1962	1963
Zunahme	903	977	986	739	856
"	45,6%	38,5%	37,2%	26%	23,5%

Ein weiterer Engpaß ind der Entwicklung des Agrarsektors ist der Mechanismus, mit dessen Hilfe die Preise für Agrarprodukte bestimmt werden. Sie werden festgelegt ohne daß eine wirkliche Kostenberechnung erfolgt, so daß Bauern, die auf Dünger, importierte Maschinen und Energie angewiesen sind, benachteiligt werden. Das hat zur Folge, daß (1964) das Einkommen in der Landwirtschaft nur 51% des durchschnittlichen Nationaleinkommens und nur 36% des durchschnittlichen Einkommens der Beschäftigten in der Industrie ausmacht.

Die Subventionen zur Stützung der Preise haben im Zeitraum 1954-64 die Summe von 2.822 Mio Drachmen erreicht, wogegen nur 710 Mio Ausstattungssubventionen und 1000 Mio für strukturelle Veränderungen ausgegeben wurden. Anzufügen wäre noch, daß sich die griechischen Bauern noch den ausländischen Importen (meist aus den USA) gegenübersehen und auf kein ausgebautes Handelsnetz zurückgreifen können.

Die Wanderungsbewegungen der Landbevölkerung erklären sich weitgehend aus dem geringen Einkommen und dem Zusammenwirken der geschilderten Engpässe. Die Fehlentwicklung des Agrarsektors scheint im Rahmen der vorhandenen Strukturen unüberwindbar. In Bezug auf die Assoziierungsproblematik Griechenlands mit der EWG müssen folgende Leitlinien für eine Landwirtschaftspolitik in Betracht gezogen werden: beschleunigte Arbeit an der Bewässerung und Verbesserung des Bodens; die Kreditpolitik der Agrarbank muß sich davon leiten lassen, daß der Konsum gedrosselt und technisches Niveau und Produktivität erhöht werden müssen; Herabsetzung der Produktionskosten; Be-

schleunigung der regionalen Entwicklung; Unterstützung von Kooperativen; von öffentlichen Organisationen muß der Handel mit Exportprodukten durchgeführt werden; der Vertrag mit der EWG muß im Sinne der wirklichen Interessen einer nationalen Landwirtschaft modifiziert werden; schließlich ist eine systematische Verbesserung des kulturellen Niveaus der Landbevölkerung dringend notwendig.

Industrieproduktion

Die Entwicklung der Industrie und die Industrialisierung des Landes würden es erlauben, die Probleme der Unterbeschäftigung zu lösen und die Entwicklung der Landwirtschaft mit Hilfe eines erhöhten Einkommens durchzuführen, das Entwicklung und sozialen Fortschritt sichert. Im Verlauf der vergangenen 15 Jahre hat sich die Industrieproduktion verdreifacht, eine begrenzte Zahl großer Industrieunternehmen und einige Schwerindustriebetriebe, im Bereich der Stahlerzeugung, der Werften und der Raffinerien entstanden. Bezeichnend für die Energieversorgung des Landes ist, daß in der Vorkriegszeit 37 kWh auf jeden Einwohner, heute dagegen 520 kWh kommen, wenn dies auch nicht im Entferntesten als ausreichende zu betrachten ist.

Nach der Industrieerhebung von 1963 beträgt die Zahl der Betriebe 122.332 mit 471.564 Beschäftigten, von denen 79,4% in Unternehmen arbeiten, die weniger als 10 Personen beschäftigen; 700 Unternehmen beschäftigen mehr als 50 Personen. 92,5 % der Unternehmen sind Handwerksbetriebe; sie haben einen Anteil von 39% am gesamten Industrieeinkommen.

Gegenüber den kleinhandwerklichen Betrieben weisen einige Industriezweige (Metall, Chemie, Textil, Tabak, Erdöl) eine starke monopolistische bzw. oligopolistische Konzentration auf. In den beiden Zentren Athen und Saloniki sind (1958) 50 % der Fabriken und 70-75 % der in der Industrie Beschäftigten konzentriert. Auf Grund dieser Produktionsstruktur kann man sagen, daß Griechenland ein unterentwickeltes Land bleiben wird: der Anteil des Industrieprodukts am Bruttosozialprodukt beträgt 1964 18% (in der BRD 45 %). Die industrielle Zuwachsrate betrug von 1951-bis 1955 im Durchschnitt 10 %, von 1956 bis 1960 6%, von 1961 bis 1965 7,1%. Sie ist nicht groß genug, um die Wirtschaft aus der Unterentwicklung herauszuführen und den Abstand zu den industrialisierten Ländern der EWG zu beseitigen. Der geringe Umfang der griechischen Unternehmen, ihre handwerkliche Struktur hat eine niedrige Produktivität von nur 25.000 Drachmen pro Person zur Folge (BRD 74.000).

Zur Schwäche trägt auch die Zusammensetzung des Industrieprodukts bei; der Anteil von Metallurgie und Maschinenbau liegt jeweils bei 3 %. Da die Investitionen hauptsächlich auf die großen kapitalintensiven Unternehmen entfallen, beträgt die Zunahme für Arbeitsplätze in der Industrie lediglich 3,3 % (1958-63), während der Bevölkerungszuwachs pro Jahr 13,5 % ausmacht. Deshalb sind nur 12,5 % aller Beschäftigten in Industriebetrieben angestellt, einer der Gründe für die hohe Auswanderungsquote. Nur durch die Schaffung von mehreren hunderttausend Arbeitsstellen kann das Problem der Arbeitslosigkeit und der Emigration gelöst werden. Doch vorläufig bleiben die Industrieinvestitionen gering:

Höhe der Investitionen (in Mio Drachmen)

	1958	59	60	61	62	63	64
Landwirtschaft	2179	2530	3270	3480	3189	3550	3950
Industrie	1972	1679	1832	2164	3100	2996	3571
Transport	4492	6530	11311	9598	7313	4949	7846
Wohnwesen	5430	5145	5445	6339	7008	7998	10206

(Quelle: Compter Nationaux de la Grece, 1958-1964, Nr 15, Athen 65). Der Prozentsatz der Investitionen in der Industrie war 1964 10,9 % gegenüber 11,5% 1958 (BRD 31,2%).

Hauptgründe für die geringen Investitionen

1. der Handelscharakter der nationalen Kapitale
2. die Einkommenspolitik, die zur Erhaltung eines schwachen Binnenmarktes beiträgt
3. Importfreiheit für ausländische Industrieprodukte (allein 1965 wurden Industriegüter, vor allem Konsumgüter, im Werte von 500 Mio $ eingeführt; der Wert der griechischen Industrieproduktion betrug (1964) 760 Mio $
4. erwartete Nachwirkungen der assoziierung an die EWG
5. oligopolistische Struktur des Kreditsystems; 30 Unternehmen bekommen 70 % der Kredite
6. der geringe Umfang der öffentlichen Investitionen

Hinzuzufügen ist der wachsende Grad der Abhängigkeit der nationalen Industrie von ausländischem Kapital, das ungefähr 17 % des fixen Industriekapitals vor allem in der Schwerindustrie in Händen hat. Fünf ausländische Gruppen führen 70 % der Investitionen nach dem Gesetzerlaß 2687/53 durch.

Vor die Aufgabe einer schnellen industriellen Entwicklung gestellt, schlagen wir folgende politischen Maßnahmen vor:

1. Erhöhung der Gesamtinvestitionen, die so verteilt werden müssen, daß Industrieben aufgebaut werden können, die Importe überflüssig machen und die die Notwendigkeit einer gleichmäßigen regionalen Entwicklung in Rechnung stellen
2. Die öffentliche Hand muß überall dort eintreten, wo es von privater Seite unterlassen wird
3. Die Assoziierungsverträge mit der EWG müssen im Sinne einer Protektion für die entstehende nationale Industrie modifiziert werden
4. notwendig ist eine selektive Kreditpolitik und ein direkter Eingriff des öffentlichen Sektors zur Schaffung vob lebens- und wettbewerbsfähigen Einheiten innerhalb der EWG

Dienstleistungen

Die Irrationalität erreicht ihren Höhepunkt im Dienstleistungssektor; parasitärer Handel, Maklerwesen und versteckte Arbeitslosigkeit bestimmen ihn. 30 % der aktiven Stadtbevölkerung arbeitet im Bereich der Indsutrie, 70 % jedoch im Bereich der Dienstleistungen (1961), in Berufen, die das Volumen der Umsätze erhöhen (damit auch das Nationaleinkommen) aber zum realen Güterangebot nichts hinzufügen. Diese 70 % sind folgendermaßen zusammengesetzt: Handel 16 %, Transport 11 %, Bauwirtschaft 13%, übrige Dienstleistungen 30 %. Aufgrund dieser Zahlen kann man folgende Anmerkungen machen:

1. von den in der städtischen Industrie beschäftigten 30 % ist ein nicht geringer Teil mit Handelsaufgaben beschäftigt (kleine Handwerker etwa)
2. die griechische Industrie produziert zum großen Teil Konsumgüter (und sogar Luxusgüter)
3. die überwältigende Mehrheit der Binnenwanderer will sich im Dienstleistungsgewerbe betätigen.

Es wird gesagt, der Konsumcharakter einer Gesellschaft sei das Resultat von "Darstellungseffekten", die aus den höchsten Schichten dieser Gesellschaft stammen. In einem unterentwickelten Land wirkt dieser Effekt direkt auf die Produktionsstruktur mit der Wirkung, daß Luxusprodukte hergestellt werden zum Schaden der nationalen Produk-

tionskapazität, wodurch die Unterentwicklung sich zu verewigen droht. Der Konsumcharakter dieser Wirtschaft wird noch dadurch verstärkt, daß durch eine die Löhne niedrig haltende Einkommenspolitik wesentliche Teile der Bevölkerung eine hohe Konsumneigung haben. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Parasitismus schaffen ein psychologisches Klima der Unsicherheit, das sich von Tag zu Tag in den Kosnumausgaben umsetzt. Aus diesen Gründen ist eine Konsum-Mentalität in unterentwickelten Ländern weit verbreitet; auch die "irrationalen" Verhaltensweisen und die unwirksamkeit der Restriktionsmaßnahmen gegen die Nachfrage nach Konsumgütern findet hier eine Erklärung.

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die strukturelle Schwäche der griechischen Wirtschaft spiegelt sich ganz klar in der Zahlungsbilanz wider. Zwar sind die Exporte gewachsen, doch die Wachstumsrate der Importe ist so groß, daß im Jahre 1964 die Exporte nur zu 34,9 % die Importe deckten (im Jahr 1939 waren es 74,9 %). Das erklärt sich nicht nur aus der unterentwickelten Struktur der griechischen Wirtschaft, sondern auch aus der schlchten Aussenhandelspolitik der Regierungen. Bei Unterzeichnung des EWG-Vertrages hegte man die Hoffnung, die Bilanz würde sich in nächster Zeit verbessern. Doch im Jahre 1965 machte der Anteil der griechischen Exporte in die Länder der EWG 34,4 % des Gesamtexportes aus (während der Zeit der Unterzeichnung 34, 7 %). Im Laufe des selben Zeitraums stieg das Defizit der Handelsbilanz auf 280 Mio $. Dazu kommt, daß die Zusammensetzung der Exportprodukte gleich blieb, d.h. der Anteil der Industrieexporte betrug 1964 8,1%. In dieser Zeit wächst der Zufluß der "unsichtbaren" Einnahmen (Tourismus, Überweisungen von Ausgewanderten und Matrosen), was dem Land den Ausgleich der Zahlungsbilanz erlaubt. Die "unsichtbaren" Einnahmen sind im Jahre 1965 um 218 Mio $ höher als die Exporteinnahmen. Dabei wuchs das Defizit der "laufenden Konten" im Jahre 1965 auf 232,4 Mio $ gegen 73,9 Mio $ zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Assoziierungsvertrages. Daraus folgt, daß die Finanzposition des Landes sich ständig verschlechtert, denn es muß entweder seine Reserven angreifen oder sich verschulden. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, daß die Auslandsschulden 1965 die Höhe von 673 Mio $ erreichen, während die Staatsobligationen und die des öffentlichen Sektors 186,1 Mio $ ausmachen (ca. 20 % des Bruttosozialprodukts von 1964).

Die Zahlungsbilanz des Landes ist durch eine ständige Verschlechterungdes unHandelsbilanzdefizits gekennzeichnet, ebenso durch eine veränderte Struktur eine Landes, das Agrarprodukte exportiert (Tabak). Das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz stellt sich durch die "unsichtbaren" Einnahmen her, die weitgehend von den Schwankunegn der internationalen ökonomisch-politischen Konjunktur abhängen, während durch die Verschuldung die Abhängigkeit vom Ausland wächst ...

Zur Klassenstruktur in Griechenland

Vorbemerkung

Aufgrund der Tatsache, daß es sehr wenig exaktes und nachprüfbares Material zu diesem Thema gibt (die Statistiken samt der ihnen zugrundegelegten Einteilungs-und Auswahlkriterien werden nicht umsonst von der Bourgeoisie gemacht), kann das vorliegende Paper nicht mehr als eine Anleitung für die Diskussion über die griechische Klassenstruktur sein.

1. Die Großbourgeoisie

Zur Großbourgeoisie sind neben den höheren Staats-, Militär- und Bankbeamten und neben einem Teil der reaktionären Intelligenz (z.B.Professoren) vor allem die großen Industrie-, Handels- und Transportunternehmer zu zählen. Etwa 2% der Unternehmer beschäftigen mehr als 25 Arbeiter (1958). Nur 7oo Unternehmer beschäftigen mehr als 1oo Arbeiter. Die Bestimmung des politischen Standpunktes der genannten Gruppen setzt eine Analyse ihres Verhältnisses zu ausländischen Monopolen und internationalen Kapitalverflechtungen voraus:

Eine Reihe großer ausländischer Monopole hat sich in Griechenland niedergelassen, z. B. Litton, Good-Year, Siemens, MAN, Pechiney, Pirelli. Allein Esso-Pappas, hinter der die Standard-Oil steht, deckt ein Siebtel der gesamtgriechischen Industrietätigkeit; ihr Kapital beträgt über 6 Milliarden Drachmen, das aller amerikanischer Konzerne 14,5 und das gesamte ausländische Kapital 2o Milliarden Drachmen. Insgesamt kann man den Anteil des ausländischen am griechischen Industriekapital auf etwa 4o % schätzen - wenn auch große Unsicherheitsfaktoren dabei zu berücksichtigen sind. Durch die vermehrten Begünstigungen, die das neue Militärregime für ausländische Investitionen gewährt, hat sich das Engagement des amerikanischen und europäischen Monopolkapitals in Griechenland nicht nur absolut, sondern auch proportional erhöht.

Infolge des hohen Anteils von Fremdkapital an der griechischen Wirtschaft ist ein großer Teil der griechischen Großgourgeoisie direkt vom ausländischen Kapital abhängig. Neben dieser gänzlich abhängigen Schicht existieren einige griechische Monopole, die nicht in diesem Maß abhängig sind, vor allem: Bier, Chemische Düngemittel, Schiffbau, Zement, Textilien und Metall, denen die Handelsbanken, mit denen sie eng verflochten sind, große Vergünstigungen gegenüber den griechischen Kleinbetrieben einräumen. Zwar begünstigt der Staat durch Steuererleichterungen teilweise auch Kleinbetriebe, vor allem außerhalb Athens,wodurch er jedoch lediglich ihren Schrumpfungsprozeß verlangsamt und sie gerade noch existenzfähig hält. Andererseits genießen die großen griechischen Unternehmen und Monopole staatliche Protektion, die sie gegen die ausländischen Monopole bestehen lassen soll, sie dadurch jedoch weitgehend von staatlichen Organen abhängig macht. Daneben sind sie eng mit den Banken verflochten.

Sieht man von der Zement-, Textil- und Metallindustrieindustrie ab, dann sind die Monopolgewinne nicht sehr hoch und werden auch nicht im eigenen Betrieb investiert, sondern ausgeschüttet. Für Investitionen werden die Banken in Anspruch genommen. Ein Charakteristikum der griechischen Wirtschaft ist, daß eine weitgehende Selbstfinanzierung der Unternehmen fehlt. Mehr als die Hälfte der großen Industriebetriebe nehmen für mehr als 5o% ihres Kapitals Kredit auf. Der Anteil des Kreditkapitals von ca. 45o Großunternehmern - die Kleinunternehmen werden wegen fehlender Sicherheiten nicht finanziert - sieg in der Zeit von 1956 bis 61 von 62 auf 7o%. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß eine kleine Gruppe sowohl Großunternehmen als auch Banken kontrolliert (zumal 98% des Kapitals der Handelsbanken auf drei Handelsbanken verteilt sind und von ihnen auch langfristige Kredite ausgegeben werden).

Diese Gruppe begünstigt einige Industrieunternehmen, sei es über die Kontrolle der staatlichen Finanzierungsquellen (OXOA 1954, OBA 1959), sei es über die Versicherungsgesellschaften (1960 gehörten 61,3% der VG den Banken). Die Expansionsmöglichkeiten des einheimischen Kapitals finden jedoch ihre Grenzen im Eindringen starker US- und westeuropäischer Monopole.

Der Staat hat sich verpflichtet, durch Verträge mit dem Ausland, die Protektion der griechischen Industrie nur im Rahmen der Kompromisse mit dem Ausland aufrecht zu erhalten. Gemäß dem GATT-Abkommen kann er bei einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz, die Zustimmung der GATT-Kommission vorausgesetzt, Maßnahmen zur Beschränkung der Importe ergreifen. Nach dem Assoziierungsvertrag mit der EWG dürfen die Importe aus deren Mitgliedsländern nicht unter 60% des Vorjahresstandes gesenkt werden. Stufenweise wird die Möglichkeit von Importbeschränkungen (innerhalb von 22 Jahren) überhaupt aufgegeben.

Die dominierende Rolle der ausländischen Wirtschaft wird staatlicherseits konsolidiert durch gesetzliche Begünstigungen ausländischen Kapitals, so Artikel 112 der Verfassung von 1952, Gesetz 2687/1953 und 4171/1961. Verstärkt hat sich diese Tendenz noch unter der Militärregierung durch deren Notverordnungen Nr. 89, 147, 49, die die Abschaffung von Schutzzöllen und direkte Begünstigungen beinhalten. Diese Gesetze werden auch in der neuen Verfassung der Militärregierung verankert im Kapitel über die ... persönlichen Freiheiten!

Vom 21. April bis 31. 12. 67 wurden 3,5 Mird. Drachmen in Griechenland investiert, (Le Monde 5.1. 68), im Jahre 1968 8 Milrd.(Fr,18.12.68). Die Verträge mit Litton (800 Mill. Dollar), AEG-Telefunken(70 Mill. Dollar),davon 45 Mill. Bonner Kredit), wurden unterzeichnet. Der Interessenkonflikt zwischen den nationalen und den ausländischen Monopolen ist nicht zu leugnen. Vereinzelt konnten sich Großindustrielle darüber beklagen, der "staat" wolle keine griechische Industrie, und doch zeigt gerade der Putsch,daß die Ansicht der Linken, diese Teile der nationalen Bourgeoisie würden sich gegen die Abhängigkeit des Landes wenden und könnten in ihrem eigenen Interesse die Industrialisierung durchführen, nicht zu halten ist. Der Putsch ist als Versuch anzusehen, die I Interessenkonflikte zwischen den Gruppen, die das Herrschaftssystem tragen, die Konflikte zwischen den ausländischen und griechischen Monopolen, nicht mehr in der Öffentlichkeit auszutragen, sondern von oben zu regeln, mit dem Ziel, zur Erhaltung des Systems eine Integration in ein europäisches Gesamtsystem vorzubereiten. Die enge Verflochtenheit dieses Teils der nationalen Bourgeoisie mit Bankwesen und Staat ermöglichte eine interne Schlichtung der Interessenkonflikte, die Gefahr, daß durch ein öffentliches Austragen der Konflikte die antiimerialistische Volksbewegung sich entscheidend verstärken könnte, machte die Schlichtung notwendig.

2. Mittlere und kleine Bourgeoisie

Dazu sind vor allem kleine und mittlere Industrieunternehmen mit bis zu 25 Arbeitern zu zähler (etwa 60 000). Sowie mittlere und kleine Handels- und Maklerunternehmen (100 000), selbständige, freie Berufe,(Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure und ähnliches) und mittlere und untere Staatsbeamte. Ein Teil dieser Gruppen (z. B. Staatsbeamte, Touristik-Unternehmen, Export-Import-Firmen) hat Interessen, die ihn direkt an die vom Imperialismus determinierte Struktur bindet.

Aufgrund der Monopolstruktur der griechischen Wirtschaft und des Einflusses der ausländischen Monopole wird ein Großteil der mittleren und kleinen Unternehmer an der Expansion gehindert und oft in seiner Existenz bedroht. Sie können auch kaum auf Unterstützung durch das Banksystem rechnen. Dennoch kommen diese Unternehmen meist zu keiner radikalen Kritik des

Systems. Einerseits sind sie trotz allem relativ privilegiert, andererseits können sie ihr Unbehagen auf Grund ihrer weitgehenden Abhängigkeit von den Großhändlern und den Monopolen nicht artikulieren, es sei denn die fortschreitende Monopolisierung zerstört schließlich auch noch ihre formale Autonomie und macht sie zu Lohnabhängigen.

Solange dies nicht geschieht, kämpfen sie erbittert darum, ihre Position zu erhalten. Ihre politischen Ziel- und Wertvorstellungen sind an dem westeuropäischen Beispiel ausgerichtet. Sie sehen in einer "europäischen" Entwicklung in Zusammenarbeit mit Westeuropa ihre Chance und versuchen, den Zustand der Unterentwicklung und Abhängigkeit als von einer falschen Politik der Rechten (ERE) verursacht zu interpretieren, und unterstützen die ZU. Daran hat auch die Etablierung der Diktatur, die wegen der Neuverteilung der Machtpositionen und der Stärkung der Monopolstrukturen eine Verschlechterung ihrer Position gebracht hat, wenig geändert. Zwar sind sie prinzipiell gegen die Diktatur, die Option für eine anti-imperialistische Volksbewegung könnte jedoch ihre relativ privilegierte Stellung gefährden.

Der kleinen und mittleren Bourgeoisie entstammt der größte Teil der griechischen Studentenschaft. Bestimmt sich in Westeuropa der politische Standort der Studenten wesentlich aus ihrer Einsicht in die spezifischen Probleme eines zur Erhöhung der Monopolprofite und zur reibungslosen Reproduktion der kapitalistischen Herrschaftsstrukturen eingerichteten spezialisierten Studiums, so wird das politische Bewußtsein der griechischen Studenten im Wesentlichen durch die gesellschaftliche Herkunft geprägt und von außen in die Universität hineingetragen. Allerdings gibt ihnen die besondere Situation der Universität (größere Distanz zum Reproduktionsprozeß, bessere Kommunikationsbedingungen) die Gelegenheit, ihr latent vorhandenes Unbehagen öffener zu artikulieren und schafft so die Voraussetzung für die Bildung von Widerstandszentren an den Hochschulen.

3. Das Proletariat

Die lohnabhängigen Angestellten in Industrie und Handel (ca.1oo ooo) sind in Griechenland mehr zum Proletariat zu rechnen.(Interessant ist, daß es seit einigen Jahren keine getrennten Statistiken mehr gibt.) Als Privatangestellte meist kleiner Kapitalisten mit niedrigen Löhnen, schlechten Renten und einer andauernd bedrohten Existenz weisen sie im Gegensatz zu Mitteleuropa kaum Anzeichen einer Angestelltenideologie auf. Dies hat sich immer wieder an aktiv geführten Streiks gezeigt, die sich in der Konsequenz ihrer Durchführung nicht von denen der Arbeiter im Handels- und Dienstleistungsgewerbe (2oo ooo) oder denen der Industriearbeiter unterschieden.

Die Industriearbeiter (ca.4oo ooo) sind nur in wenigen Städten konzentriert (Athen, Saloniki, Patras, Volos, Kavalla, Agrinio) und in vielen kleinen Unternehmen verstreut. Die Konzentration wird dadurch deutlich, daß etwa 5o % der in der "Manufaktür", d.h. Handwerk und Gewerbe im allgemeinen, Beschäftigten in Athen oder Saloniki tätig sind, jedoch 7o-75% der in der Industrie Beschäftigten. Die soziale Lage der Industriearbeiter ist sehr unsicher, die Zahl der Saison- und Gelegenheitsarbeiter unproportional hoch, nicht zu reden von den vielen Arbeitslosen (ca.5oo ooo) und denen, die emigrieren müssen (in der BRD etwa 2oo ooo).

In der Mehrheit steht die griechische Arbeiterschaft politisch links. In der Opposition gegen das Karamanlis-Regime war sie (ab 1961) vor allem mit der Zentrumsunion vereint und hoffte, durch sie könnte ein Verbesserung der Verhältnisse erreicht werden. Eine undifferenzierte EDA-Politik konnte weder die Hoffnungen, durch die ZU könnten radikale Strukturveränderungen möglich sein, noch das radikale Vokabular A. Papandreous entlarven. Eine die Struktur nicht wirklich infrage stellende linksparlamentarische Politik mußte schließlich in ihrer Ausweglosigkeit nach Errichtung der Diktatur zu einer relativer "Apathie" der Arbeiterschaft führen.

4. Die Bauern

Die Bauern machen etwa die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in Griechenland aus (2,5 Mill.). Starke Proletarisierungtendenzen auf dem Lande, wie auch Landflucht und Auswanderung vermindern ihre Anzahl. Ungefähr 1o% von ihnen besitzen mehr als 5 ha und insgesamt 5o% des bebauten Bodens (19 ooo km^2), ein Fünfte l von diesen etwa dreissig %. Mangels eigenen Kapitals und unrationeller Bebauung sind viele auf die Unterstützung der Aggrarbank verwiesen und geraten in deren Abhängigkeit. Stark verschuldet sind auch die Mittelbauern (4o% der Bauern, 1-5 ha), die, da sie nur wenig Sicherheiten geben können, auf kurzfristige Darlehen angewiesen sind. Sie sind meist Familienbetriebe und beschäftigen nur selten Landarbeiter. Diese machen zusammen mit den Kleinbauern (1ha, 7% des Bodens) etwa die Hälfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten aus, die sozial und wirtschaftlich zu den Ärmsten gehören. Es müssen noch andere Faktoren der Beurteilung des Bauernproblems berücksichtigt werden, z.B. die geographische Differenzierung: aus strategischen Gründen werden die Bauern Nordgriechenlands begünstigt.

Durch politischen Druck, Wahlmanipulation, durch den Einfluß der Kirche und Einschüchterung durch bewaffnete Milizeinheiten (TEA) wird eine politische Bewußtwerdung der Bauern verhindert. Das Militärregime versuchte, durch Schuldenerlaß die Unterstützung der Bauern zu gewinnen. Davon waren jedoch weitgehend nur Großbauern betroffen, kleinere Bauern hatten kaum Staatskredite aufnehmen können und bleiben weiterhin privat verschuldet. Für sie gibt es langfristig keine Lösung ihrer Probleme; dennoch müssen bei ihnen, damit eine aktiv politische Einstellung möglich wird, Bewußtseinsschranken wie etwa national-konservative Traditionen, Defätismus und Identifizierungsprobleme mit der Macht der Diktatoren abgebaut werden.

Schluß

Die Politisierung und Mobilisierung der armen Bauern und Landarbeiter ist mit Sicherheit eines der schwierigsten, aber auch der wichtigsten Probleme für den revolutionären Kampf in Griechenland. Wenn es gelingt, die bei ihnen bestehenden Schranken zu beseitigen, können sie zusammen mit dem Proletariat, d.h. den Industriearbeitern und kleinen Angestellten, und zusammen mit der progressiven und sich heute revolutionierenden Intelligenz eine anti-imperialistische Front bilden, die das Land aus Abhängigkeit, Unterentwicklung und Unterdrückung führt. Ihr Kampf muß sich gegen den Kapitalismus in Griechenland richten, der mit dem Imperialismus eng verflochten ist, gegen die Großbourgeoisie, die höheren Staatsbeamten und gegen jene Großbauern, die eng mit den Banken verbunden sind. Auf eine Neutralisierung der schwankenden Mittelschichten muß sie hinarbeiten, da deren politische Aktivierung frühestens dann beginnt, wenn die Herrschaft der Diktatur effektiv infrage gestellt ist.

Projektgruppe Griechenland
SDS Frankfurt

KUBA - GRUPPE DES INFI (Außenkommission des Berliner SDS)

Zur Kubakampagne des SDS

Die geplante Kuba-Kampagne bedarf auf dem Hamburger Internationalismus-Seminar einer eingehenden Diskussion. Die Berliner Kuba-Gruppe geht davon aus, daß zweierlei nicht Ziel der Kampagne sein kann: 1. die Kuba-Kampagne ist verfehlt, wenn in ihr Vietnam durch Kuba ersetzt wird, also eine neue abstrakte Identifizierungswelle mit der dritten Welt ausgelöst wird, und 2. ist die Kampagne verfehlt, wenn sie erfolgreich praktizierte Aktionsformen ritualistisch wiederholt.

Wir werden in Hamburg den politischen Stellenwert von Internationalismus-Kampagnen zu diskutieren haben, was u.a. eine Analyse der gegenwärtigen Situation an den Hochschulen verlangt. An der FU stehen wir jetzt vor der Notwendigkeit, informelle Kader zu bilden, um jederzeit die konterrevolutionäre Strategie des Berliner Senats der Isolation und Zerschlagung des "harten Kerns" durch Mobilisationskampagnen vereiteln zu können. Wir können nicht länger davon ausgehen, daß die inneren Widersprüche des Spätkapitalismus sich an der Hochschule automatisch so entwickeln, daß man nur auf Fehler des akademischen und politischen Senats zu warten braucht; ebensowenig ist die Spontaneität der Studenten eine Naturkonstante, die jederzeit verfügbar ist. Ihren defensiven Charakter verliert diese Kaderbildung jedoch erst, wenn eine Bestimmung der Hochschule im Klassenkampf vorliegt. Diese Diskussion wird bezeichnenderweise an der FU unter dem Begriff "revolutionäre Berufsperspektive" geführt. Mit einem größeren drop-out, um nur noch revolutionär zu arbeiten, ist nicht zu rechnen; die Bildung von Berufssyndikaten ist wahrscheinlich (schon aus Gründen der materiellen Reproduktion). Solche intellektuelle Organisationen werden jedoch zwangsläufig reformistisch, wenn sie nicht an einen konkreten Klassenkampf gebunden sind. Dieser Klassenkampf wird gegenwärtig nicht in der BRD geführt, sondern in Frankreich, Italien und Ländern der dritten Welt. Es ist also zu untersuchen, wie dieser Klassenkampf unterstützt werden kann, d. h. wie die BRD daran gehindert werden kann, ihre konterrevolutionäre Rolle effektiv auszuüben. Für Italien und Frankreich werden die hieran arbeitenden Genossen des INFI Vorschläge machen, ebenso die Afrika-Gruppe für die Kampagne zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien.

Eine Möglichkeit, den Internationalismus seiner Phraseologie zu entkleiden und den Reformismus von Berufssyndikaten zu verhindern, sehen wir in der Organisation von wissenschaftlicher Produktivkraft für die Länder der dritten Welt. Wir brauchen Naturwissenschaftler und Techniker, aber auch Soziologen und Lehrer, die für die Bedürfnisse der revolutionären Länder konkret arbeiten. Wir sind zur Zeit dabei, einen solchen Informationsdienst zu organisieren. Der nächste Schritt wird sein, Genossen in diese Länder zu schicken, um dort revolutionäre Bedürfnisse zu studieren und gleichzeitig durch die Teilnahme am revolutionären Kampf Erfahrungen für ihren Kampf in der BRD zu erlernen, wenn sie wieder zurückkehren. Unsere Erfahrung mit den Genossen, die in Kuba waren, hat gezeigt, daß dies eine realistische Perspektive ist. Wir werden uns also bemühen, in diesem Jahr wieder Genossen nach Kuba zu schicken.

Damit wir verhindern, daß hieraus rein administrative Absprachen werden, ist zunächst eine Kuba-Kampagne im SDS erforderlich, also konkrete Aufklärung über den dortigen revolutionären Transformationsprozeß, über den revolutionären Kampf in Lateinamerika etc. In den vergangenen Jahren sind immer wieder Erfahrungen dieser Länder im unkritischen Analogie-Schluß

übertragen worden: Guerilla, Emanzipation, Avantgarde. Die Kuba-Kampagne ist ein Versuch, an die Stelle von Identifikationen ein Bewußtsein für konkrete historische Prozesse und den hieraus zu entwickelnden Perspektiven zu setzen. Die Kuba-Kampagne ist also ein Beitrag, um die innerverbandliche Diskussion wieder in Gang zu setzen. Deshalb werden wir mit verschiedenen ad-hoc-Gruppen, Schülern, Lehrlingen und Basisgruppen diskutieren. Für uns selber bedeuten diese Diskussionen, uns aus unserer eigenen Provinzialität zu befreien. Die Kuba-Gruppe hat die Erfahrung gemacht, daß sie die Arbeit dieser Gruppen nicht immer versteht: es geht also hier um unsere eigenen Lernprozesse.

Neben dieser Kampagne nach innen, die in vielen dezentralisierten intensiven Diskussionen stattfinden soll, wird eine Kampagne nach außen vorbereitet. Hier sind zwei Gruppen zu unterscheiden - einmal Gruppen, für die eine Kuba-Kampagne ein Transmissionsriemen zur Bildung revolutionären Bewußtseins sein kann: wir werden also Schülbücher (3.Welt) analysieren, und Schülern diese Analysen vorlegen, um mit ihnen daran Möglichkeiten politischer Praxis zu diskutieren. (Näheres auf dem Seminar). Zum anderen wird es um Gruppen gehen, die man als liberale Öffentlichkeit bezeichnet. Hier geht es um zweierlei: 1. muß Geld zur Unterstützung der kubanischen Genossen gesammelt werden (Bücher, Druckmaschinen). Wir haben die Erfahrung gemacht, daß hiermit neue Kreise - die für Waffen kein Geld geben - erschlossen werden können. 2. muß das schlechte Gewissen dieser Gruppen so artikuliert werden, daß sie längerfristig die BRD an den konterrevolutionärsten Maßnahmen gegenüber Kuba und Lateinamerika hindern (technische Details auf dem Seminar). Diese Kampagne wird nach außen mit Großveranstaltungen und Demonstrationen (Durchbrechung der Indifferenz, Polarisierung) verbunden sein.

Genossen, wir benötigen eine intensive Diskussion, um wirklich zu garantieren, daß wir aus unseren Erfahrungen gelernt haben, daß wir keine unnötigen Fehler machen.

==========

REORGANISIERTES INFI; WESTBERLIN:

Internationale Kampagnen und die Reorganisation des SDS

==========

In der Form des moralischen Appells und der "Ethik der Völkerfreundschaft" unterliegt der r e v o l u t i o n ä r e Internationalismus der Gefahr, als Hegelianischer Totalitätsbegriff revisionistische und anti-internationalistische Politik zu rechtfertigen und zu kaschieren, tritt er nicht überhaupt nur auf in der "luxurierenden Wissenschaft" einer abstrakten Imperialismustheorie, die keinerlei Beziehung zu den konkreten Aktionen gegen den Impieralismus mehr hat und die sich in der Phraseologie an der Moral der Revolution berauscht. Internationale Arbeitsgruppen beweisen immer wieder, wie der Internationalismus als Postulat zu einer bloßen Denkmethode erstarrt oder exotischen Revolutionsgeschichten Vorschub leistet. Das nicht gelöste Verhältnis von partikularistischem Praktizismus als Integrationstaktik der "subversiven" Arbeiterpartei in die bürgerliche Realpolitik und Internationalismus als praktische Solidarität der Arbeiter der verschiedenen Länder gegen den Imperialismus kennzeichnete nicht nur die II. und III. Internationale, sondern wiederholt sich bei den Kommunistischen Parteien Westeuropas und zum Teil der Dritten Welt in der Taktik der friedlichen Koexistenz. Es ist nicht der Verrat einiger Führer, sondern die objektiven Schwierigkeiten der Verbindung der Aktionen gegen den Imperialismus auf internationaler Ebene, die fehlende Einsicht in die konterrevolutionäre Globalstrategie, die international den Kampf gegen die internationale Konterrevolution verhinderten. Der Internationalismus

blieb das "schlechte Gewissen" der traditionellen Arbeiterbewegung, die in Gedenktagen, Umzügen, Konferenzen und pathetischen Hymnen ihr Schuldgefühl eingestand, um es dann sofort der "Realität" zu opfern. Als am 18.Januar in Berlin von den Traditionalisten im Stil der liberalen Friedens- und Freiheitsliga eine "Griechenlandprozession" veranstaltet wurde, konnte selbst das Prädikat "Kampfdemonstration" nicht von dem Petitionscharakter dieser Veranstaltung an das faschistische Regime in Griechenland ablenken. Um die Probleme des internationalen Klassenkampfes nicht erwähnen zu müssen, wurde von der Solidarität der "Menschen" gesprochen, die sich diesem "Unrecht" in Griechenland entgegenwerfen und die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Die opportunistische Politik der E.D.A. vor dem Militärputsch und die hoffnungslose Zersplitterung der unzähligen Emigrantenorganisationen brauchte deshalb auch nicht erwähnt zu werden, sie wurde durch die Phrase des bewaffneten Befreiungskampfes einfach verdeckt. Wenn aber diese "internationale Veranstaltung" dazu diente, nicht an einer Demonstration gegen das SPD-Haus in Berlin aus Anlaß des Todestages von Ros: Luxemburg und Kalr Liebknecht teilzunehmen, dann ist die verhüllende Funktion solcher "internationaler Feierstunden" zu deutlich.

In den letzten drei Jahren der anti-autoritären Mobilisierung der Studenten, Schüler und Jungarbeiter verstand es der SDS, die Politik der internationalen Solidarität mit den Befreiungskämpfen in der "Dritten Welt" und die Hochschulpolitik sinnvoll miteinander zu vermitteln. Die Demonstrationen und Aktionen für die vietnamesische Befreiungsfront, gegen die persische Diktatur usw. entlarvten den totalitären Charakter des deutschen Staats- und Polizeiapparates und radikalisierten zugleich die Studenten an den Universitäten. Was sich aber in den letzten Jahren mehr "natürwüchsig" auf der Grundlage der spezifischen deutschen Situation durchsetzte, die Identität des anti-autoritären Praktizismus in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen mit dem Internationalismus herzustellen, hat jetzt bewußt zu geschehen über gezeilte Kampagnen, will der SDS vermeiden, daß neben den Tendenzen partikularistischer Hochschul- und Basisgruppenpolitik sich als "revolutionäres Gütezeichen" ein Ritual des Bekenntnisses zum Internationalismus abzeichnet.

Für den SDS zeichnen sich schon jetzt fünf Ebenen internationaler Beziehungen ab, die ihrer organisatorische Entsprechung im Verband bedürfen. Augenblicklich deutet sich allein im westeuropäischen Maßstab an, daß die Klassenkämpfe in Frankreich und Italien X Dimensionen des Bürgerkrieges bekommen, während die deutsche Arbeiterschaft nur in schwachen Ansätzen ein Klassenbewußtsein entwickelt. Der revolutionären Intelligenz in Deutschland als Massenbewegung schließen sich revolutionäre Arbeiter und Bauern in Italien und Frankreich an, während dort die Studenten in den verschiedenen sektenartigen Organisationen sich gegenseitig befehden und hier die Arbeiter noch den Parolen revisionistischer Gewerkschaften fügsam folgen. Wie kann der SDS einerseits Anteil haben am westeuropäischen Klassenkampf, wie kann er sich an den deutschen Hochschulen "einigeln", wie kann er die Mobilisierung und Organisierung der einzelnen Berufe im Überbau in Deutschland leisten, wie kann er den Klassenkampf der deutschen Arbeiter unterstützen, wie kann er den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt helfen und wie die sozialistischeAkkumulation in den befreiten Gebieten der Dritten Welt durch seine "wissenschaftliche Produktivkraft" vorantreiben; das sind die nächsten Aufgaben, die diese sozialistische Organisation zu bewältigen hat. Die bundesdeutsche Konterrevolution kennt ihre Aufgaben, wie sie in Angola und während der Maiereignisse in Frankreich bewiesen hat, während der SDS augenblicklich zu hilflos ist, um die Anforderungen des proletarischen Internationalismus erfüllen zu können: Folgende internationale Beziehungen müssen erweitert werden:

1. Beziehung zu den Klassenkampforganisationen in Westeuropa (besonders Frankreich, Italien, England)
2. Beziehung zu revolutionären Organisationen der nationalen Befreiung in unterentwickelten Ländern Europas (Griechenland, Spanien, Portugal)
3. Beziehungen zu den Volksbefreiungsfronten in der Dritten Welt (Vietnam, Angola, Bolivien)
4. Beziehungen zu den befreiten Gebieten der Dritten Welt (Nordvietnam, Nordkorea, Volksrepublik China, Kuba)
5. Kontakte zu nicht-revisionistischen Organisationen in den Volksdemokratien.

Will der SDS die Ungleichzeitigkeit ~~xxx~~ innerhalb des Verbandes, die Ungleichzeitigkeit zwischen anti-autoritärer Studentenvereinigung bis zu den verschiedenen Zentralen der sozialistischen Organisation (ad-hoc-Gruppen an der Universität, Basisgruppen in den einzelnen Städten und Fabriken, internationalen Projektgruppen und Institute, den verschiedenen Überbausyndikaten) überwinden, dann müssen die Erfahrungen und Erkenntnisse durch Kampagnen verallgemeinert werden, um die Diskussion zwischen den verschiedenen Organisationstypen voranzutreiben, aber auch um die sozialistische Propaganda in der Organisation zu verstärken. Für die internationalen Gruppierungen bedeutet das, daß die Kontakte nicht die Angelegenheit exklusiver Seminare werden oder gar das Privileg eines reiselustigen und honorigen "Einzelkämpfers". Der Bundesvorstand als Koordinations- und Agitationsinstanz sollte diese Kontakte auch nicht allein "verwahren".

Diese anfangs dezentralisierten Kampagnen, die sich zur zentralen Kampagne entfalten, halten sich nicht an das traditionelle Schulungsprogramm, das in seinem "Vorlesungsverzeichnis" die Markierung des "Sozialistischen Bewußtseins" angeben will, sondern knüpfen an konkrete Probleme an, um daraus Aktionen entstehen zu lassen, deren Stellenwert jeder SDS-ler einzuschätzen und nach außen zu propagieren vermag (z.B. Klassenkämpfe ~~xx~~ und Generalstreik in Frankreich, Bauernagitation in Süditalien, Friedensverhandlungen und Volkskrieg in Vietnam, Aufbau des Sozialismus in Kuba (Probleme der sozialistischen Akkumulation), Revisionismus in der CSSR). Alle Kampagnen sind in der ersten Phase auf den SDS ausgerichtet, um zu verhindern, daß selbst die Genossen über wichtige Aktionen keine Vorstellung haben und unter der Studentenschaft deshalb nicht agitieren können. Die Kampagnen, die von einer "Spezialistengruppe" vorbereitet werden, richten sich in "jours fixes", Regionalseminaren und Broschüren oder Papers an die SDS-Öffentlichkeit, ehe sie weiter getragen werden in eine spezifische Öffentlichkeit: Studenten, Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter, Ingenieure etc. um diese spezifischen Schichten und Fraktionen der Klassen zu mobilisieren.

Die "Spezialistengruppen", die während der Kampagnen auch neue Genossen in ihre "Organisationszellen" einbeziehen, nehmen Kontakte auf mit Spezialistengruppen des gleichen Themenkreises in der Bundesrepublik und bilden auf Regionalseminaren für dieses Problem die dezentralisierte Zentrale, die für diesen Bereich alle Kontakte übernimmt und die Kampagnen und Aktionen vorbereitet. Am Beispiel der fünf Ebenen der internationalen Beziehungen lassen sich fünf verschiedene dezentralisierte Zentralen angeben. Die Selbstzentralisation in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wird durch Kampagnen miteinander vermittelt, so daß der Bundesvorstand langfristig nur noch eine Kommunikationszentrale ist, die die einzelnen Kampagnen fördert und den kleineren Gruppen Impulse für eigene Aktionen gibt.

Für die Strategie des SDS bedeutet die Ausrichtung auf den internationalen Klassenkampf, daß Genossen nicht nur an den Erfahrungen und Beispielen des Kampfes in anderen Ländern lernen, sondern direkt an ihm teilnehmen, ohne dem Idealismus des europäischen Guerillakämpfers oder Bauernpropagandisten zu verfallen. Dieser internationale Zusammenhang beweist gerade, daß wir in Deutschland bleiben müssen, was nicht ausschließt, daß wir je nach unseren Fähigkeiten für eine kürzere Periode in anderen Ländern tätig werden. Die französischen und spanischen Ereignisse zeigen, daß die Reaktion zentralisierte Organisationen "ausheben" und verbieten kann, aber gegen Organisationsstrukturen nicht vorgehen kann, die Elemente einer Massenbewegung sind.